

Korrespondent

für Deutschlands Buchdrucker und Schriftgießer

60. Jahrg.

Abonnementspreis: Vierteljährlich 1,50 Mh., monatlich 50 Pf., einschließlich der Postgebühren. Nur Postbezug zulässig. Erscheinungsort: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.

Leipzig, den 16. März 1922

Anzeigenpreis: Vereins-, Fortbildungs-, Arbeitsmarkt- und Todesanzeigen 1 Mh. die fünfspaltige Zeile; Kauf-, Verkaufs- und alle sonstigen Rechtsanzeigen 5 Mh. Rabatt wird nicht gewährt.

Nr. 32

Zur Lage der Zeitungen und der Zeitschriften

Von den drei Leitern der letzten Nummern sind der erste und dieser dritte ausgesprochenste Hoffnungsartikler: die unhaltbaren Existenzverhältnisse der Buchdrucker und Hilfsarbeiter wie ihrer Familien einerseits und die existenzbedrohenden Zustände für die deutsche Presse andererseits bilden ihren Grundton. In dem zweiten (vorübergehenden) Leiter sind zwar schwer bewährte Horizonte geschildert worden, aber der begrenzte Ausblick war doch noch erträglich, zum Teil sogar günstig zu nennen. Die Lagen-Kulisseleiter würde also sein: Gehilfen- und Hilfsarbeiterschaft unterle und schwierigste, Zeitungen und Zeitschriften mittlere und bedenkliche, Buchdruck oberste und noch erträgliche.

Der Zeitungstagespresse erkennen wir nicht die Ausschließlichkeit ihres Notstandes an, weil der Zeitschriftenverlag auch schwer leidet unter den Papierwucherpreisen, er jedoch mit weniger Protestgeräusch sich durchzuschlagen versucht. Vielleicht nicht selten auch auf Kosten eines Lebensanteils für den bestellenden Drucker oder bei eigener Druckerei durch Ausgleich bei andern Konten. Vom Verbands der Fachpresse als einer Verlegergruppe kann man jedenfalls sagen, daß er den Preiswahnsinn und die elende Währungschinderei unserer Tage nach aller Möglichkeit den Druckern erspart hat. Die Gewerkschaftspresse kann sich diese Selbstbeherrschung nicht erlauben und hat deshalb ein unangenehmes Verhältnis für Papier und Druck. Der Buchverlag ist in eine etwas günstigere Lage gekommen, weil der Bücherexport größeren Umfang angenommen, die Angewöhnung an die höheren Preise sich verhältnismäßig einfach vollzogen und das gute Buch im Inlande wieder mehr Boden gewonnen hat. Wir möchten also aus objektiven wie aus tatsächlichen Gründen die einen immerhin beträchtlichen Produktionsposten für den Buchdrucker darstellenden Zeitschriften nicht als Stiefkind beiseite stellen lassen, wenn über die Not der Presse die Klagerufe eindringlicher erschallen müssen.

Der „Korr.“ kann von sich sagen, in diesem Zusammenhang immer die zunehmenden Misse der Presse gewürdigt zu haben, wenn auch nicht jedesmal eine Kommentierung wie diesmal erfolgte. Es ist trotz dieser Unterscheidungen für uns aber zweifellos, daß die Tageszeitungen jetzt den schwersten Stand haben, daß das Doppelselbst in Folge von Abonnementserhöhungen oder gar das Aufgeben der Zeitung aus diesem Grunde eine schreckliche kulturelle Minderwertigkeit bedeuten würden, und daß für die Gehilfenerschaft wie das Hilfsarbeiterpersonal, denen die Zeitungsbetriebe für gewerkschaftliche Aktionen (für wilde noch mehr) immer strategisch sehr wichtige Punkte waren, aus solchen und dann noch unvermeidlich werdenden andern Einschränkungen viel Nachteil erwachsen würde. Selbst bei Tarifverhandlungen dürften die Tageszeitungen nicht mehr mit dem Vollgewicht wie sonst in die Waagschale zu werfen sein.

Die Tagespresse ist für die Volksmasse ein außerordentlicher Faktor. Ihre geschäftliche Ver kümmerung hat nicht allein für die Verleger und die in großer Anzahl in den Zeitungsbetrieben Beschäftigten Bedeutung, sondern die nach vielen Millionen zählenden Leser werden von der Auswirkung mitbetroffen. Der „Vorwärts“ hat mit einem Leitartikel in voriger Woche: „Der Daseinskampf der Presse“, darüber treffend geschrieben. Daß auch die Arbeiterpresse davon nicht verschont bleibt, hat sich an so manchem diesem Daseinskampf bereits zum Opfer gefallenen Blatte gezeigt. Die geschäftlichen Schwierigkeiten der „Freiheit“, des Zentralforgans der Unabhängigen sozialdemokratischen Partei, welche jetzt zur Aufgabe der eigenen Druckerei geführt haben, bilden aber den sprechendsten Beweis dafür.

Es sind die in einer Reihe von Druckerorten erfolgten Stellungnahmen der Betriebsräte im graphischen Gewerbe zum Notstande der Tageszeitungen deshalb ein begründetes

wertiger Ausdruck des Verständnisses für eine Angelegenheit der Allgemeinheit gewesen, wenn auch manchmal Punkte in diese Erklärungen mit aufgenommen wurden, die in ihrer Konsequenz zu einer Schädigung der Arbeiterschaft im Buchdruckgewerbe führen müßten. Wir haben indes nicht wahrnehmen können, daß die bürgerliche Presse für den jedenfalls noch größeren Notstand dieser oder der Arbeiterschaft im allgemeinen offenes Verständnis geäußert hätte. Das Vorgehen der Betriebsräte hat im „Zeitungsverlag“ wohl Anerkennung gefunden. Etwas peinlich mußte es jedoch berühren, wenn neulich Direktor Perlen vom Leipziger Witzstein-Verlag einen vom Leipziger Schlichtungsausschuß gefällten Schiedsspruch zu einer förmlichen Propaganda für die Einführung von Kontrollrubren im Organ der Zeitungsverleger ausbeutete. Herr Perlen war ja schon während seiner Stuttgarter Zeit mit Eiler in der „Zeitschrift“ bedacht, der Gehilfenchaft nicht die Bäume in den Himmel wachsen zu lassen, aber jetzt hätte er diesen inneren Drang doch mehr von der Frage des Faktors abhängig machen sollen.

In Hinblick auf die häufige Beschäftigung des „Korr.“ mit dem Notstande der Presse brauchen wir jetzt nicht eingehend die Lage im Zeitungsgewerbe zu schildern, sondern wollen nur noch einiges zur Lage desselben schreiben. Zum 13. März war nach Weimar wieder eine Notstandsagung von der Zeitungsverlegerorganisation einberufen. Es wird an anderer Stelle darüber berichtet werden. „Die der deutschen Presse drohende Katastrophe“ (einmaliger Tagesausgabenpreis) hat in diesem Jahre schon einmal zu einer allgemeinen Zeitungsverlegeragung (16. und 17. Januar) in Potsdam geführt. Im veranlassenen Jahre und vordem hat es ähnliche Protestversammlungen der Zeitungsverleger häufig gegeben. Die gleiche Mühseligkeit hat man in unzähligen Vorstellungen gegenüber den Reichs- und Landesministerien gezeigt. Nach Potsdam war das offizielle Deutschland eingeladen worden und auch erschienen. Es wurden dort wie sonst schöne aber unerblickliche Worte der Hilfsbereitschaft von den Regierungsvertretern gesprochen. Dann und wann springt ja einmal ein bescheidener Erfolg heraus: billigere Frachtsätze für Zeitungspapier, bessere Kohlenbelieferung der Papierfabriken und weniges andere. Bei der Papierpreissetzung, die noch unter Aufsicht des Reichswirtschaftsministeriums erfolgt, bremsen die Regierungsmänner mit. Die Papierfabrikanten schlagen dafür beim nächsten Male um so mehr vor. Im Dezember war der Kilopreis für Zeitungspapier 4,20 Mh., im Januar schnellte er auf 7 Mh. herauf, im Februar war er 7,30 Mh., im März ist er 8,25 Mh. und für April soll das Papierhondikat gar 11,40 Mh. in Aussicht gestellt haben. Das wären 164 Proz. Steigerung in nur den letzten vier Monaten und 5138 Proz. gegenüber dem Friedensstande! Die Fracht hat auch eine schwindende Höhe erreicht; für den kurzen Weg von Sebnitz in Sachsen nach Leipzig müssen z. B. für ein Kilo 59/10 Pf. (mit Kollgeld) bezahlt werden. Die Rotationspapier verwendeten Gewerkschaftsbücher (also die allermeisten) werden noch mehr geschöpft wie die Tageszeitungen (das ist schon so seit der Kriegszeit); sie mußten im Februar d. J. 8,80 Mh. und im März 10,10 Mh. bezahlen. Der gleichen Zeit machen sich aber in Österreich Einzelne eines Preisrückganges bemerkbar; die Regierung zahlt dort auch einen Zuschuß von 29 Proz. In Deutschland hat es das mit einem niedrigeren Satz vom März bis Juli 1921 einmal wieder gegeben. In England ist jetzt sogar ein direkter und namhafter Preisrückgang eingetreten. Bei uns ist an dem umgekehrten Verhältnis außer der abgrundtiefen Geldentwertung die Preissetzung der Zellstofffabrikanten der treibende Faktor. Die Papierfabrikanten sind noch überrollen worden von der Sinnlos-Sparte. Diese hatte schon im Dezember für Januar den Zellstoffpreis von 340 auf 630 Mh. heraufgeschraubt; das Zeitungsvorlegerorgan sprach kürzlich von „unnützen Ansprüchen“ der Zellstofffabrikanten, die ja die letzte Papiernot durch unmäßige Ausfuhr am meisten verschuldeten. Das Papierholz wird von den Ländern natürlich auch zu „angemessenen“ Preisen losgeschlagen. Da die Kohlen, die Kohlensteuer mit ihren neuen über-

mäßigen Heraushebungen, die vielen übrigen Materialien, die stark erhöhten Post- und Telegrammgebühren, die Umsatz-, die Anzeigensteuer usw. gewaltige Belastungen für den Etat der Zeitungen darstellen, so kann man die Lage der Zeitungen als recht gedrückt ansehen. Unterschiede wird es aber auch hier geben.

Es wird nun trotz des Risikos mit größerem Abfalle die jetzt meistens schon monatweise stattfindende Abonnementserhöhung in schlechterem Tempo fortgesetzt werden, die Post hat dafür ja erleichternde Zeitbestimmungen getroffen. Unsere Zeitungen sind früher viel zu billig gewesen und haben dann zu langsam aufgeschlagen. Nun kommt es zu dick, und das ist gefährlich. Wir hoffen aber, daß der Zeitungsriedhof nicht groß weiter in Anspruch genommen zu werden braucht. Inflationserhöhungen werden auch noch durchgeführt werden können. Mit dem andern Auswege, der Spaltenverengung, wird aber nicht mehr viel zu machen sein; das „Berliner Tageblatt“ mit nur 5 Cicero einspaltiger Breite und 25 Mh. für die Nonpareilzeile hat wohl hier den Rekord erreicht. Solche Mittel des Kreislaufs werden trotz mancher Bedenklichkeit weiter in Anwendung zu bringen sein von den Zeitungsverlegern. Die Gehilfen- und die Hilfsarbeiterschaft kann sich von der katastrophalen Situation nicht beirren lassen; was sie braucht, muß sie haben. Brot und Kartoffeln mit ihren phantastischen Wucherpreisen, die neue Beschaffung der Mehlens und der Mehlsteuern, und dann das Viele, was zu des Leibes Nahrung und Notdurft gehört, worüber sich auch das Publikum einig Preisstabilität mit Missbräuchen des Ansehens über solche unverdächtige Ausplünderung brachte, das alles nötigt uns zu zwangsweisen Forderungen auch an die notleidende Zeitungsverlegerchaft. Man möge bei den Berliner Verhandlungen von dieser Seite den für uns sprechenden unerbittlichen Tatsachen nicht mit Schwachsügen der Mißbilligkeit begegnen; es hätte keinen Zweck.

Wir können aber manches nicht verstehen und behaupten sogar, daß vieles, vieles der jetzigen traurigen Zustände nicht zu sein brauche oder doch anders sein könnte, wenn die deutsche Presse in ihrer Mehrheit eine freibeitliche und volkswirtschaftlich allgemein nützliche Politik treiben würde, ebenso steuerpolitisch. Anfall dessen ist allen durch den Krieg hervorgerufenen ungelunden Erscheinungen eher noch Vorhub gelieft worden, weil die große Schär der Kriegs- und der Nachkriegsgewinnler, der Steuerdrückheber, der großen und der kleinen Spekulant sich zum „alten System“ bekennt, also reaktionär ist und — in eigener Verpottung! — kräftig auf die „Schleberrepublik“ schimpft. Der Arbeiterpresse ist man immer in die Arme gefallen, und gegen die schamlose Auswucherung hat man allenfalls theoretisch protestiert, die Wucherfreiheit aber durch das Verlangen nach Aufheben der Zwangswirtschaft direkt gefördert. Es wurde öffentlich Wasser gepredigt und heimlich Wein geflossen. An der Volksgeldung oben wie unten tatkräftig mitzuarbeiten, hat die große Presse stark verlagert. Das ist ihre historische Schuld. Dafür wird sie nun selbst mit den elanen Wäffen geschlagen.

Der Zeitungsverlegerorganisation kann man den Vorwurf der Zwölftätigkeit nicht erproben. Sie kann sich gewiß das Verdienst zuschreiben, während des Krieges die Zwangswirtschaft des Zeitungspapiers gefordert, durchgeführt und für ihre mühseligen lange Aufrechterhaltung alles getan zu haben. Dann mußte sie aber erleben, vom Regen (Papierfabrikanten) in die Traufe (Sinnlos) mit der Eroberung der Zellstofffabrikation zu kommen. Nun wird den Zeitungsbettern das Fell gleich von zwei Seiten über die Ohren gezogen; sie spüren den Cogen der freien Wirtschaft, wofür ihre Wäffer tagtäglich die Postambialen, jetzt bis zur Katastrophe an sich selbst. Dabei haben vor langer Zeit schon die Zeitungsverleger von ihrer Organisation aus gewissermaßen den Standpunkt der Gemeinwirtschaft vertreten. Das Syndikat der Druckpapierfabrikanten wurde im Herbst 1899 gegründet; es sind das heute noch weniger Firmen als damals. Schon im Mai 1900 kam eine in Leipzig abgehaltene Generalversammlung des Zeitungsverlegervereins zu dem Ent-

Schluss, eigene Papierfabriken zu errichten im Wege des Genossenschaftswesens, um die enorme Preissteigerung zur Zeitungsblätter durch den Druckpapierverband zu durchbrechen. Verleger mit 40 Millionen Sillo Jahresbedarf erklärten sofort ihren Beitritt zu dieser Genossenschaft. Es wurde eine Kommission eingesetzt, die sich umsehen sollte, in welchen Gegenden sich am besten Papierfabriken größeren Stilles errichten ließen. Auch dem Zeitungsverlegervereine nicht angehörende Betriebe sollten zum Anschluss aufgefordert werden. Die württembergischen Zeitungsverleger erklärten im Juli 1900 ihren Beitritt, andre Vereine ebenfalls. Die Preispolitik des Zeitungs-papierhandels erregte allgemeine Entrüstung. Eine nochmalige Generalversammlung Ende Juli in Berlin beschloß dann die Errichtung einer Papierverkaufsstelle für ganz Deutschland am 1. September 1900, gründete eine G. m. b. H. zu diesem Zweck und lehrte zur Leitung einen Papier-fachmann ein, der auch die Errichtung von Papierfabriken betreiben sollte. Dazu ist es aber gar nicht gekommen, die Einkaufsgesellschaft kam nur in Gang. Das Wesentliche über die hohen Papierpreise aber lehrte sich fort und wurde in den letzten Jahren immer ärdrer; von den Papier-fabrikanten brachten es einige ja bis auf 40 und 60 Proz. Steigende. Welch wunderbare Gelegenheits ist von den Zeitungsverlegern vor 22 Jahren verpaßt worden! Damals war es noch eine einfache Sache, Papierfabriken zu errichten und die Preisbildung dadurch zu regulieren, jetzt ist ungeheures Kapital erforderlich. Aber es ließe sich auch jetzt noch bemerkenswerten, wenn der feste Wille dazu vorhanden wäre. Einmal, der selbst so viele Zeitungen erworben hat, beweist es ja durch den Aufkauf von Zellulosefabriken und deren Ausbau. Auch ihm müßten die Zeitungsverleger durch gemeinsamen Erwerb von solchen Fabriken auf den Leib rücken. Solange sie sich nicht dazu aufschwingen, ist ihnen postlimo nicht zu helfen; sind es doch nur Palliativmittel, die den Zeitungsverlegern als Rettung vorschweben.

Die Katastrophe für das Zeitungsgewerbe ist also nur durch die Gemeinwirtschaft abzuwenden. Wenn sich dann die Tagespresse auf die Bekämpfung der kapitalistischen Auswüchse einstellt, wenn sie der altgewohlenen Profitpolitik entläßt und entscheidet für wahre volkswirtschaftliche Interessen eintritt, dann dient sie auch sich selbst am besten. Hic Rhodus, hic salta!

Die Vergebung amtlicher Druckarbeiten an Tarifdruckerereien

Von Ende vergangenen Jahres an gehen der Redaktion Anfragen zu, wie der Vorlauf der Verordnungen ist, die früher von Ministerien und andern amtlichen Stellen ergangen sind zu dem Zweck, daß amtliche Druckarbeiten nur an Tarifdruckerereien vergeben werden dürfen, damit sie nicht in Druckerereien hergestellt werden, die durch ihre Unterbietungen und ungelunden Arbeitsverhältnisse für beide Teile schädigend wirken. Begründet wurden diese Erläuterungen mit der Einführung von Zollsachen, das namentlich Gemeindeverwaltungen in kleineren Orten sich jetzt häufiger nicht mehr nach jenen Verordnungen richten und ihre Druckarbeiten in Nichttarifdruckerereien bestellen lassen; dadurch sei schon eingeleitet, daß tariffreie Gebilde arbeitslos werden und dann wegen der Wohnungs- und Umzugschwierigkeiten lange ohne Kondition bleiben.

Da ja bekannt ist, wie sehr in den kleineren Provinzorten die Neigung zur Tarifmeuterei zunimmt, verprechen wir, eine Zusammenstellung der hauptsächlichsten Verordnungen dieser Art zu veröffentlichen, damit man überall in der Lage ist, gegebenenfalls bei den oberen Behörden (Landratsamt, Provinzialregierung, Ministerium des Innern usw.) Beschwerde über renitente Gemeindeverwaltungen usw. zu führen. Die Vorgänge in Ostpreußen, die allerdings in anderen, nicht so abgeschlossenen Gegenden sich nicht leicht wiederholen können, stehen uns eine nicht-kleinliche Beilebung der gedrückten Wünsche angezogen erscheinen. Leider sind aber früher nur einige dieser Verordnungen veröffentlicht worden; in den Geschäftsberichten des Tarifamts ist immer nur jeweils die Tatsache erwähnt worden, daß eine Regierungsstelle oder eine andere Behörde Verfügungen im Interesse der Tarifgemeinschaft erlassen habe. Es müßte also langwieriges Nachsuchen stattfinden, und wenn schließlich nicht einige Geheimeverleiher und Gauvorsteher uns die Originalerlasse zufinden konnten und vom Kreis VII der Prinzipalvertreter für die bisher nicht aufzutreibende alte Verordnung durch eine ganz neu ergangene Verfügung einen guten Ersatz beschaffen konnte, wäre die Zusammenstellung jetzt noch nicht möglich geworden.

Das Tarifamt hat seine praktische Tätigkeit frühzeitig der Ordnung mit den amtlichen Druckaufträgen zugewandt, und ist es sehr im argen. Es wurden mit oder ohne Unterlass für die Kreisvertreter im Tarifamt alle drei vorerwähnten enthaltenden Eingaben hergestellt, die von den einzelnen Orten bezogen werden konnten. Die Geheimeverleiher machte ausgiebigen Gebrauch davon. Im Geschäftsjahre 1897/98 des Tarifamts wurden 2400 Stück von solchen Eingaben verlangt, 1899 wurde eine neue Eingabe ausgearbeitet vom Tarifamt, 1901/02 sind 2000 Exemplare davon versandt worden. Am 19. April 1902 ist vom Tarifamt eine solche Eingabe an die Reichsregierung ge-
schickt worden, die aber nach unsern Feststellungen nichts Besseres zur Folge hatte.

Am schwerigsten gestaltete es sich, bei den Stadtverordnungen einen Erfolg durchzusetzen. In den Jahren 1899 bis 1903 konnte in Magdeburg, Berlin-Schöneberg, Glogau, Halle a. d. S., Essen, Rottfah, Forst, Wingen, Köblau, Frankfurt a. M., Aachen, Pöschel, Remscheid, Barmen, Wulfsburg nichts erreicht werden, obwohl in manchen Orten bis zu dreimal vorgegangen wurde. Man ging in den Stadtparlamenten entweder über diese Eingaben einfach zur Tagesordnung über oder sie wurden abgelehnt mit Begründungen, worüber heuteaufgabe auch der reichhaltigste Stadtkalender die Hände ringen würde. Der Landtag von Sachsen-Meinungen tat sich auch mit einer Ablehnung hervor. Daß der Ablehnungen weit mehr waren als hier angeführt, steht außer Frage. Vom Jahre 1903 an kann man die Vergebung der amtlichen Druckarbeiten nur an Tarifdruckerereien im allgemeinen als geltend betrachten. Später machten sich stellenweise verschiedentlich neue Verordnungen geltend.

Die noch im Vorlauf aufzufindenden Verordnungen lassen wir nunmehr in der zeitlichen Reihenfolge ihres Erlasses folgen. Vom preußischen Ministerium für Handel und Gewerbe erhielt das Tarifamt nachstehenden Eingabe:

Mit die Eingabe vom 11. Oktober 1899 erwiderte ich dem Tarifamt, daß die Druckarbeiten für das Ministerium für Handel und Gewerbe, soweit sie an Privatfirmen vergeben werden, schon gegenmäßig nur von tariffreien Firmen hergestellt werden, und daß ich Anordnung getroffen habe, daß solche Druckaufträge auch weiterhin nur Firmen übertragen werden, die den Deutschen Buchdruckerartikeln schriftlich anerkannt haben.

Das Großherzoglich Hessische Ministerium des Innern gab am 19. Mai 1900 dem Tarifamt Kenntnis von nachstehender Verfügung an sämtliche unterstellte Behörden:

Wir haben beschloßen, Druckarbeiten, welche von uns oder unsern Abteilungen an Privatfirmen vergeben werden, für die Zukunft unter Voraussetzung ihrer Vollständigkeith nur solchen Firmen zu übertragen, welche den Deutschen Buchdruckerartikeln schriftlich anerkannt haben. Zur Unterlegung der von dem Tarifamt verlangten und als erforderlich anzuerkennenden Bedingungen empfehlen wir Ihnen bei Vergebung Ihrer Druckarbeiten ein gleiches Verfahren, soweit dies unter Berücksichtigung der am Ort Ihres Amtes etwa bestehenden Verhältnisse angängig oder durchführbar erscheint.

Den Großherzoglichen Kreisämtern bleibt überlassen, die Ihnen unterliegenden Bürgermeistern entsprechend zu verständigen. Ein Verzeichnis der im Großherzogtum bestehenden Firmen, welche den Deutschen Buchdruckerartikeln schriftlich anerkannt haben, liegt bei.

Das Oberbergamt Halle a. d. S. antwortete unter dem 2. Juni 1902 dem Tarifamt:

Von dem Inhalte der uns unterm 22. April durch die Kaiserlichen Reichsdruckerei überlieferten Petition des Tarifamts der Deutschen Buchdrucker haben wir mit Interesse Kenntnis genommen. Den in dieser Petition dargelegten Grundrissen, insbesondere den Bestrebungen der Tarifgemeinschaft, auch für die Dauer eine friedliche Vereinbarung zwischen Arbeitgebern und Arbeitnehmern im deutschen Buchdruckerereie herbeizuführen, können wir nur beifällig und werden daher bei Vergebung amtlicher Druckarbeiten als erwünscht angesehen. Wir empfehlen Ihnen bei Vergebung Ihrer Druckarbeiten ein gleiches Verfahren, soweit dies unter Berücksichtigung der am Ort Ihres Amtes etwa bestehenden Verhältnisse angängig oder durchführbar erscheint.

Das Kanalamt in Kiel erklärte im Juni 1903:

Der Zuschlag wird nur denjenigen Buchdruckerereien erteilt, die den Deutschen Buchdruckerartikeln beim Tarifamt der Deutschen Buchdrucker schriftlich anerkannt haben.

Das Württembergische Staatsministerium antwortete auf eine Eingabe vom 4. Dezember 1903 unterm 14. Januar 1904:

Das A. Staatsministerium hat über die Bitte des Tarifamts und Tarifausschusses der Deutschen Buchdrucker um Erlassung einer Verfügung, wonach die Herstellung amtlicher Druckarbeiten nur den der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker angehörenden Buchdruckerereien überlassen werden darf, Beratung gepflogen und erachtet es im Hinblick auf die sozialpolitisch wohlthätige Wirkung der genannten Tarifgemeinschaft für angemessen, daß die landlichen Behörden angewiesen werden, die Herstellung amtlicher Druckarbeiten nur solchen Buchdruckerereien zu überweisen, welche den Deutschen Buchdruckerartikeln beim Tarifamt der Deutschen Buchdrucker unter schriftlich anerkannt haben, falls nicht besondere Umstände eine Abweichung von dieser Regel erfordern (zu vgl. Punkt III Ziff. 2 Abs. 4 und 5 lit. g. der Verfügung der Ministerien der auswärtigen Angelegenheiten, Abteilung für die Verwaltungsangelegenheiten, des Innern und der Finanzen vom 20. November 1903 betreffend die Vergütung von Abteilen und Abteilungen in den Departementen der auswärtigen Angelegenheiten (Abteilung für die Verkehrsangelegenheiten), des Innern und der Finanzen), Reg. Bl. S. 13). Hierbei geht das A. Staatsministerium davon aus, daß den bis jetzt der Tarifgemeinschaft nicht angehörenden Buchdruckerereien der Abbruch der zwischen ihnen und den Behörden bestehenden Beziehungen eine ausreichende kürzere Frist gewährt wird, um sich auf die Zugehörigkeit der Tarifgemeinschaft einzurichten. Auch wird ausdrücklich bemerkt, daß die Abgabe amtlicher Instruktionen an Tagesblätter nicht als Vergebung amtlicher Druckarbeiten im Sinne der zu erlassenden Anweisung zu betrachten wäre.

Dem A. Ministerium des Innern wird anheimgestellt, hiernach in seinem Geschäftskreis die geeignete Verfügung zu treffen. Schlichtigt wird das A. Ministerium des Innern erucht, den Unterzeichnern der an daselbst gerichteten Eingabe vom 20. November v. J. zugleich im Namen der mitbestimmten andern A. Ministerien von der getroffenen Anweisung Kenntnis zu geben.

Das bayerische Staatsministerium des Sgl. Hauses und des Äußeren enthielt sich am 4. Februar 1905 zu folgender Verordnung (die auch für die bayerische Pfalz Geltung erhielt):

Die sämtlichen Zielstaatsministerien und das Sgl. Staatsministerium haben sich einig auf den großen Umfang der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker und den wesentlichen Grund, den diese Gemeinschaft auf die Ordnung des Verhältnisses zwischen Unternehmer und Arbeiter abzielt, vereinbart, entsprechend dem in der Sitzung der Kammer der Abgeordneten vom 21. Juli vorigen Jahres (S. 109, Bericht Bd. XV S. 650 ff.) angenommenen Entschloßen, die Ihnen unterstellten Behörden mit Anweisung dahin zu versehen, daß Druckaufträge des Staates in der Regel nur an solche Druckerereien vergeben werden sollen, welche dem Deutschen Buchdruckerereie schriftlich anerkannt haben. Die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker wird erucht, die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker schriftlich anzuerkennen.

Die Sgl. Regierung wird hiernach im Einzelnen mit dem Sgl. Staatsministerium des Innern beider Abteilungen beauftragt, bei der Vergebung amtlicher Druckaufträge in der Regel nur tariffreie Druckerereien zu berücksichtigen.

Die Abgabe amtlicher Instruktionen an Tagesblätter gilt nicht als Druckauftrag des Staates.

Die von der Tarifgemeinschaft nicht angehörenden Druckerereien ohne amtlichen Auftrag hergestellten Formulare dürfen nur noch

bis 1. Januar 1906 bezogen werden, sofern diese Beträge sich der Tarifgemeinschaft nicht nachträglich anschließen.

Die Sgl. Regierung wird beauftragt, die unterstellten Staatsbehörden entsprechend anzuweisen und den Gemeindegewerkschaften ein entsprechendes Verhalten bei der Vergütung gemeindlicher Druckaufträge zu empfehlen.

Am 15. Januar 1902 wandten sich der Kreisvertreter der tariffreien Prinzipale im Kreis V, der Deutsche Buchdruckerereie Kreis V und der Gauvorstand Bayern des Verbandes mit einer großen Eingabe an die bayerische Regierung, darin auf die eingetretene Minderleistung der bayerischen Verordnungen verweisend. Schon am 16. Januar antworteten sämtliche Staatsministerien Bayerns darauf folgendermaßen:

Der Deutsche Buchdruckerereie, Kreis V (Bayern), hat in wiederholten Eingaben darauf hingewiesen, daß seitens mancher Behörden die Richtlinien für die Vergütung amtlicher Druckaufträge nicht genügend beachtet werden.

Es befehlt daher Veranlassung, daran zu erinnern, daß nach den geltenden Vorschriften:

1. bei Vergebung amtlicher Druckaufträge in der Regel nur tariffreie Druckerereien zu berücksichtigen sind,
2. bei Auswahl der hiernach in Betracht kommenden Firmen auf die ortsanfälligen Gemeindegewerkschaften, sofern diese in entsprechender Weise und zu angemessenen Preisen hierzu können, hinsticht Rücksicht zu nehmen ist.

Den Stadt- und Gemeindevorständen ist gleiches Vorgehen bei der Vergütung gemeindlicher Druckaufträge wiederholt empfohlen worden.

Hierzu wird erläuternd bemerkt:

Die Verpflichtung zur Vergütung der Druckaufträge an tariffreie Druckerereien ist die Pflicht ein, die Entlohnung für diese Arbeiten die Höhe des Deutschen Buchdruckerereies zu gewähren und von einer Vergütung der Druckaufträge im Submissionswege sowie von dem Abschluß von Pauschalvergütungsverträgen Umgang zu nehmen.

Dr. Müller, Dr. W. Meier, Endres, Knechtel, Steingel, Welger, Gasseger, Lang, Norb.

Dem Vorstande des Kreises IV (Stuttgart) des Deutschen Buchdruckerereies ging am 25. Oktober 1920 vom Württembergischen Staatsministerium dieser Bescheid zu:

Ihre Eingabe vom 20. d. Mts., in der Sie sich darüber beklagen, daß Druckaufträge nicht ausschließlich an Firmen vergeben werden, die der Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker angehören, wurde sämtlichen Ministerien mitgeteilt. Dabei wurden Sie unter Hinweis auf den Bescheid des Staatsministeriums vom 14. Januar 1904 erucht, Ihrer Beschwerde durch geeignete Verfügung abzuheben. Sieder, Staatspräsident.

Da die Bewilligung der Neuerungen zuzufügen auf den Druckpreissetz bei manchen Behörden Schwierigkeiten begegnete, wandte sich deswegen der Deutsche Buchdruckerereie, Kreis V (Bayern), an die einzelnen Ministerien mit einer Vorstellung und erhielt darauf vom Bayerischen Staatsministerium für Handel, Industrie und Gewerbe unterm 5. Januar 1922 folgende generelle Antwort:

Gegen die ab 1. Oktober und ab 1. Dezember 1921 eingetretene Preissteigerungen kann mit Rücksicht auf die neuerliche Vorkommnisse eine Erinnerung nicht erhoben werden. Die Erteilung einer Anweisung an die Behörden wegen Anerkennung eines entsprechenden Zuschlages erscheint nicht veranlaßt, weil diese Abgabe der Erhöhung der Druckpreise zulässig werden und es den einzelnen Behörden überlassen bleiben muß, sich hierwegen mit ihren Auftraggebern zu benehmen. Meinel.

Das Bayerische Staatsministerium des Innern verfügte am 13. Januar 1922 an die Bezirksämter über die Vergebung behördlicher Druckaufträge:

Unter die Vorschriften der Bekanntmachungen der Sämtlichen Staatsministerien vom 16. Januar 1920 („Bayerischer Staatsanzeiger“ Nr. 21 vom 27. Januar 1920) und vom 25. Mai 1920 („Bayerischer Staatsanzeiger“ Nr. 123 vom 29. Mai 1920) fallen auch die von den Bezirksämtern herausgegebenen Amtsblätter.

In Sachen wurde schon 1900/01 über die Vergebung amtlicher Druckarbeiten eine Regierungsverordnung erlassen, wir konnten ihren Vorlauf bis jetzt aber noch nicht erlangen. Am 27. Februar 1922 ist eine neue Verfügung erlassen, die folgendes lautet:

Bei der Vergebung amtlicher Druckaufträge, die nicht in eigener Druckerei hergestellt werden können, haben die den unterstehenden Ministerien unterstellten Behörden und Dienststellen nur tariffreie Druckerereien zu berücksichtigen.

Bei der Auswahl sind die tariffreien Druckerereien am Eise der den Auftrag erteilenden Behörde zu bevorzugen, vorausgesetzt, daß sie leistungsfähig sind und die Preise nur nach dem von der Tarifgemeinschaft festgesetzten Tarif berechnen.

Den Gemeindebehörden wird nahegelegt, auch ihrerseits nur tariffreie Druckerereien zu berücksichtigen.

An die Landesanstalten ergibt besondere Verfügung. Ministerium des Innern, zugleich für das Arbeits- und das Wirtschaftsministerium; Alpinsh.

Wir glauben damit, den antragenden Mitglieðschaften und Kollegen einigermaßen an die Hand zu gehen. Es ist für die Tarif- und Organisationsinstanzen dringend notwendig, Mißbräuchliche Verordnungen von der Tarifgemeinschaft ihre ernste Aufmerksamkeit zuwenden. Wenn selbst in dem tariflich selbständigen Kreis VII (Sachsen) die Zahl der tariffreien Druckerereien zunimmt, wenn selbst hier Drucker (oder Druckerereien) mit 15 Gehilfen außerhalb der Tarifgemeinschaft stehen und eine Fabrikdruckererei vor den Toren der Großstadt mit sechs Gehilfen das leisten kann, dann muß einmal etwas Razzia vorgenommen werden. Die in Nr. 26 aus Bad Wildungen mitgeteilten Zustände beweisen, daß man überall dieser Notwendigkeit genügen sollte. Bei amtlichen Druckarbeiten (auch Amtsblättern), für die von sonstigen Landes- oder Kreisbehörden noch solche Schutzwahlungen im Sinne der Tarifgemeinschaft ergangen sind, ist das allenfalls noch Sanftmütigen zum Eingreifen isten, sollte gleich gar nicht weiter gelassen werden. Das homogene Tarifrecht (Einheitsrecht) wird dann den Tarifkennranten und Tarifmeutern wie in Ostpreußen vollständig das Handwerk legen.

Neues Lohnabkommen für das deutsche Schriftgießereigewerbe für März 1922

Das am 28. Januar d. J. abgeschlossene Lohnabkommen sollte bis 31. März Geltung haben und war am 1. März erstmalig kündbar. Die Abstinenz in den einzelnen Gießereien hatte seitens der Arbeitgeberchaft Ablehnung erfahren. Grund zur Ablehnung war gewesen: die lange Dauer und auch die geringen Zugeständnisse, die bei der immer mehr um sich greifenden Forderung nicht genügen konnten. Um das Gewerbe vor Erschütterungen zu bewahren und keine berufs Fremde Instanz antufen zu müssen, hat die Zentralkommission auf dem Verhandlungswege erreicht, daß der Tarifauschuss für das Schriftgießereigewerbe Anfang März zu neuen Verhandlungen zusammentrat, um neue Abträge für März festzusetzen.

Am 8. und 9. März tagte in Berlin der Tarifauschuss. Nach eingehender Beratung wurden folgende Zuschläge für Monat März vereinbart:

Gelernte Arbeiter

im Alter bis 21 Jahre erhalten pro Stunde	1,20 Mk. mehr
von 21 bis 24	1,40
über 24	1,50

Ungelernte Arbeiter

im Alter bis 21 Jahre erhalten pro Stunde	1,10 Mk. mehr
von 21 bis 24	1,25
über 24	1,35

Bei den ungelerten Arbeitern trat in den Altersklassen eine Verbesserung ein; man näherte sich hier dem Buchdruckerlohnstand. Die Vöbde für ungelerte Arbeiter stellten sich: in Einstellungsabzügen, in Abzügen nach halbjähriger und nach einjähriger Tätigkeit; sie erliefen Aufbesserungen von 70 Pf. bis 1,30 Mk. pro Stunde.

Für Arbeiterinnen wurden Stundenlohnsteigerungen von 60 bis 90 Pf. festgelegt.

Für Akkordarbeiter erhöht sich der Prozentaufschlag auf den verdienten Tariflohn von 250 auf 300 Proz. und der feste Feuerungszuschlag erhielt einen Zuschlag: von 38,40 Mk. in der Altersklasse

von 43,20	von 21	24
45,60	über	24

Akkordarbeiterinnen 24 Mk. Erhöhung des festen Zuschlags und der Prozentaufschlag beträgt auch hier 300, statt 250 Proz. wie bisher.

Die bisher bezahlten Familienzulagen bleiben unverändert bestehen.

Die neuen Abträge haben Geltung ab 1. bis 28. März 1922. Der Tarifauschuss wird Anfang April zu neuen Verhandlungen zusammenzutreten. Die Zustimmung beider Parteien muß bis 18. März erfolgen.

Am 7. März fand eine Vorbesprechung der Arbeitgebervertreter statt, an der außer den üblichen Vertretern von Berlin, Frankfurt a. M., Leipzig, dem Vertreter der Hilfsarbeiter und der Metallarbeiter, ein Abdecker aus Hamburg zugegen war. In eingehender Weise wurde die Situation im Gewerbe besprochen und zu den Wünschen der Gießereien Stellung genommen. Man einigte sich auf die Anträge der Zentralkommission: Für verheiratete und ledige Arbeiter aller Berufsgruppen über 25 Jahre 4 Mk. Erhöhung pro Stunde; für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen über 18 Jahre 3 Mk. Erhöhung pro Stunde; für ledige Arbeiter und Arbeiterinnen unter 18 Jahre 2 Mk. Erhöhung pro Stunde.

Der Tarifauschuss folgte eine Tarifamtssitzung über die in den einzelnen Gießereien berichtet werden wird.

Ablösung vor!

Wie bereits in Nr. 29 des „Korr.“ berichtet wurde, tagte am 26. Februar in Berlin eine Konferenz der Vertreter der Maschinenleger Deutschlands, die sich im wesentlichen mit der Frage beschäftigte, wie die verlorene Position der Maschinenleger wieder einzunehmen sei. Von mehreren Teilnehmern wurde berichtet, wie verständnislos viele Kollegen den Forderungen der Maschinenleger gegenüberstehen. Und es ist charakteristisch, daß gerade die politisch am weitesten links stehenden Kollegen der Sonderstellung der Maschinenleger, die diese zwei Jahrzehnte hindurch eingenommen haben, ablehnend gegenüberstehen. So tritt beispielsweise das Mitteilungsblatt der Berliner radikalen Opposition in einer seiner letzten Nummern entschieden für gleiche Feuerungszulagen für Hilfsarbeiter und Gehilfen ein, bekämpft aber die Sonderforderungen der Maschinenleger. Man sagt, der Magen eines Maschinenlegers sei nicht größer als der eines Handarbeiters. Wenn nun auch unter den heutigen wirtschaftlichen Verhältnissen die Magenfrage obensteht, so kann sie doch nicht allein für die Höhe der Entlohnung maßgebend sein. Diesen Gedanken noch weiterzuführen, halte ich jedoch für überflüssig. Höherbezahlte Spezialarbeiter gibt es in allen Berufszweigen. Nur einige seien kurz erwähnt: die Offsetdrucker im Steinbrudergewerbe, die Werkzeugmacher in der Metallindustrie, die Instrumentenbauer wie Modellstecher in der Holzindustrie, die Pußer im Baugewerbe, die Zuschneider in der Konfektion usw. Wir leben also, daß Arbeiten, die besondere Kenntnisse und Fähigkeiten erfordern oder eine größere Verantwortung mit sich bringen, überall auch entsprechend höher bezahlt werden. Auch besondere Gefährdung der Gesundheit findet bei der Entlohnung Berücksichtigung. So ist der Gehaltslohn im Bergbau unter Tage wesentlich höher als über Tage.

Als vor einem Vierteljahrhundert die Schmalzschneide in Deutschland ihren Eingang fand, war von einem Orange der Gehilfen zur Maschine durchaus nichts zu hören, im Gegenteil, man stand ihr ablehnend gegenüber, und man

schiedenerorts verachtete man, Nichtbuchdrucker anzuführen. Mit welchem Erfolge, das die Erfahrung gelehrt. Glatter Werk- und Zeitungslohn, der damals ausschließlich für die Schmalzschneide in Betracht kam, war bisher allenthalben im Bereiche hergestellt worden. Ein Berechner verdient aber im Durchschnitt mindestens 25 Proz. über den jeweiligen Mindestlohn. Wollte man ihn also bewegen, den Maschinen mit der Maschine zu verkaufen, mußte man ihm auch einen entsprechenden Verdienst bieten. Prinzipale sowohl wie Gehilfenorganisation hatten ein großes Interesse daran, gelehrte Setzer an der Maschine zu beschäftigen. So kam man zu dem 25prozentigen Lohnzuschlag und verkürzter Arbeitszeit als Ausgleich für die intensiveren und wegen der Blei- und Gasdünne auch gesundheitsschädlichere Arbeitsweise an der Schmalzschneide.

Durch die schon während des Krieges eingeführten Feuerungszulagen ging der 25prozentige Lohnzuschlag für Maschinenleger verloren. Eine nicht nur vom speziellen, sondern auch vom allgemeinen gewerkschaftlichen Standpunkt aus bedauerliche Tatsache. Bei der Tarifrevision im Jahre 1919 wurde den Maschinenlegern dafür ein feststehender Zuschlag von 23, 25 und 27 Mk. geboten. In der Annahme, daß der Gipfel der Feuerungszulagen erreicht sei, und im Interesse der Allgemeinheit begünstigen sich die Maschinenleger mit diesen bescheidenen Zuschlägen. Bei der weiteren Entwicklung unter Lohnverhältnissen aber sank dieser Zuschlag mehr und mehr zu einem Trinkgeld herab. Während nun alle anderen leitenden Sätze verdoppelt wurden, erhöhte man den Maschinenlegerzuschlag nur um 50 Proz. Die Maschinenleger sind zu gute Gewerkschafter, als daß sie sich der von der Nürnberger Generalversammlung beschlossenen zentralen Lohnregulierung nicht fügen würden. Niemand aber kann von ihnen verlangen, daß sie bei weiterer Nichtberücksichtigung ihrer Forderungen sich weiter an der Schmalzschneide beteiligen. Sie werden dieser Rächen kehren und sich wieder an den Kassen stellen, damit auch anderen Kollegen Gelegenheiten geboten sind, die Unannehmlichkeiten des Arbeitens an der Schmalzschneide kennen zu lernen. — Ablösung vor! Neukölln. Br. Kr.

□ □ □ Korrespondenzen □ □ □

Tarifkonflikte bestehen zur Zeit in Oppenheim noch in Zartenstein, Dackheimen, Eybshöhen, Pirkallen, Staltpfaffen, Wehlan; in Posen sind Kämpfe in Bromberg, Graudenz und Posen ausgebrochen. Zugang nach diesen Orten hat zu unterbleiben. Bei Konfliktangeboten aus Oppenheim und der ehemaligen Provinz Posen ist unbedingt bei den zuständigen Organisationsstellen erst anzufahren.

Berlin. Am 13. März vollendete sich 50 Jahre, daß Kollege Albert Grab den Verband der Deutschen Buchdruckerbeiträge, seit Frühjahr 1908, als Sekretär, der während u. a. 16 Jahre in der Zeitung „Die Post“ als Metallarbeiter, auf dem Verbandsbureau des Hauptverbandes in treuer Pflichterfüllung tätig. Ein Doppelquartel der „Appographie“ begrüßte den Jubilar am Montagmorgen an seiner Arbeitsstätte mit dem Rufe „Kund und Tag“. Darauf überreichte Kollege Schlessler vom Berliner Gauvorstand das Diplom für 50jährige Mitgliedschaft im Verbande mit einer würdevollen Ansprache. Namens des Verbandsvorstandes und der Mitarbeiter im Verbandsbureau sprach Kollege Seib die herzlichsten Glückwünsche aus. Besonders eindrucksvoll war das Eintreten der alten Garde unter Führung des Kollegen Giesecke, der Kollegen Grab mit zu Herzen gehenden Worten in die Ehrenkompanie der Verbandsveteranen einführte. Am kommenden Sonntag, dem 19. März, findet im Restaurant „Walfisch“, Belle-Alliance-Straße 89, vormittags 10 Uhr, ein Frühstücken statt, um auch den engeren Freunden des Jubilars Gelegenheit zu geben, ein paar frohe Stunden mit dem alten Kampfgefährten zu erleben.

Hamburg-Altona. Am Sonntag, dem 19. März, findet im Musikloale des „Gewerkschaftshauses“ ein Lichtbildvortrag über Unfallverhütung im Buchdruckergerbe statt. Der Vortrag wird veranstaltet von der Deutschen Buchdruckerberufsgenossenschaft, Vortragener ist der Herr X. Kreis zur Zeit revidierender Beamter, Ingenieur Panzer. Es ist notwendig, daß dieser Vortrag von allen an Maschinen jeder Art beschäftigten Berufsangehörigen besucht wird. Lehrlinge und Hilfsarbeiter sowie Arbeiterinnen seien auf diesen Vortrag auch aufmerksam zu machen. Der Eintritt ist frei.

Marlenwerder. Ihre Jahreshauptversammlung fand am 15. Januar statt. Kollege Griger erstellte den Jahresbericht und stellte kurz die wesentlichsten Vorgänge im verlaufenen Vereinsjahre. Der Vorstand wurde zum Teil neu gewählt, und zwar Kollege Fobn als Vorsitzender und Kollege Klawon als Kassierer. Als zweiter Vorsitzender und zugleich Leiter der Rekrutierungsabteilung wurde Kollege Griger wiedergewählt. Der Verbandsratsbesuch ließ im Durchschnitt zu wünschen übrig und ist zu erwarten, daß hierin eine Besserung eintritt. Im übrigen ist das Interesse am Organisationsleben als reger zu bezeichnen. Am Schluß des vergangen Jahres wies unser Ortsverein 43 Mitglieder auf.

München. (Korrespondenten.) Die Jahreshauptversammlung am 10. Februar konnte sechs Aufnahmebewerber zum Beitritt entscheiden und nahm dann den Jahresbericht ohne Einwendung zur Kenntnis. Der bisherige Vorstand wurde wiedergewählt, nur an Stelle des infolge Arbeitslosigkeit eine Weizewahl ablehnenden zweiten Vorsitzenden wurde ein Ersatzmann gewählt. Eine längere Aussprache schloß sich an die Mitteilungen der Zentralkommission und die Beschlüsse der letzten Tarifauschuss-Sitzung; deren Endebericht war, daß mit allen Mitteln

versucht werden soll, die den Korrespondenten nun nach langem Bemühen endlich zusehender Anerkennung ihrer schwachen Arbeitsleistung auf Grund der Ausführungen im Beschlufsprotokoll auch in finanzieller Beziehung durch energieliches Vorgehen Geltung zu erlangen.

Osnabrück. Ihre Generalversammlung wies einen nur schwachen Besuch auf. Nach Erledigung einiger interner Angelegenheiten gab Kollege Herlitz den Jahresbericht. Aus diesem ist besonders hervorzuheben: Der Geschäftsbericht im Bezirke war durchaus ein guter. Die Mitgliederzahl stieg von 238 auf 254. Die Druckerei Bensheim, Neuenhaus, Nordhorn und Schülford haben sich zu einem Kreisvereine zusammengeschlossen. Letzter wurde erwähnt, daß in Nordhorn 60—180 Mk. über Minimum gezahlt werden bei teilweise 46kündiger Arbeitszeit. Auf der andern Seite wurde sehr über Schmutzkonkurrenz geklagt. Eine Arbeit sei von sämtlichen Druckereien Osnabrücks berechnet. Die Angebots schwankten zwischen 35000 und 23000 Mk., also sei ein Preisunterschied festzustellen von 12000 Mk. Fast sämtliche Beiräte sind in der Beiratsabteilung organisiert. Kollege Fischer erstellte den Jahresbericht. Danach hat der Bezirk ein Vermögen von 3378,21 Mk., der Ort ein solches von 1421,95 Mk. Der Vorstand wurde in seiner Gesamtheit wiedergewählt.

Regensburg. Die am 7. März abgehaltene, zahlreiche besuchte Verbandsversammlung besaß sich mit der bevorstehenden Tarifauschussung und nahm dazu eingehend Stellung. Besont vor allem, daß die Forderung nunmehr Formen annehme, die die Arbeiterschaft dazu zwingen, unter allen Umständen zu verlangen, daß die Löhne den gesteigerten Lebenshaltungskosten angepasst werden müssen. Mit der kleinsten Bewältigung wie im Januar d. J. könne man sich nie zufriedengeben. Wenn die Lebens- und Bedarfsartikel durchschüssig auf das 30fache steigen seien, so müßte auch verlangt werden, daß die Löhne nach diesem Sach bemessen werden. Es wird erwartet, daß die Prinzipalität die Not und die Soldaten der Zeit verstehen werde. Als Ersatz der Aussprache wurde dann folgende Resolution einstimmig angenommen und dem Gehilfenvertreter übermittelte: „Die heutige, am 7. März tagende Versammlung des Ortsvereins Regensburg im B. d. B. fordert von der Tarifauschussung eine der seit Dezember eingetretene Verleuerung aller Lebens- und Bedarfsartikel voll Rechnung tragende Lohnsteigerung auf die Dezemberlöhne. Die im Januar d. J. zugekauene Lohnsteigerung von 36 bis 56 Mk. hat in keiner Weise den Verhältnissen Rechnung getragen und war bei ihrer Einführung längst durch die Forderung überholt. Die zunehmende Verleuerung der Gehilfenlöhne läßt keine richtige Arbeitsfreudigkeit bei der Gehilfenchaft aufkommen zum Schaden der Geschäfte wie des Berufs. Die Gewährung einer Entschädigungsumme soll zu einer allgemeinen Forderung erhoben werden. Alle durch die Reichs-Verleuerungsbewältigung hervorgerufenen Orte sind ohne weiteres für jede Stufe um 5 Proz. im Lohnzuschlag zu erhöhen. Von dem Gehilfenvertreter erwartet wir, daß sie mit Nachdruck diese berechtigten Forderungen der Gehilfenchaft vertritt. Unfers rückhaltlosen Vertrauens können sich die Gehilfenvertreter versichert halten.“ Nach diesem Punkte wurden die Richtlinien des Verbandsvorstandes betreffend Unterfütterungswesen einer Besprechung unterzogen; es wird diesbezüglicher Antrag gestellt werden. Verlebenspunkte lokaler Natur fanden rühmliche Erledigung.

Köln. Die General- und Bezirksversammlung am 5. Februar war von nur 70 Kollegen besucht. Oberhaupt war der Versammlungsbuch im ganzen Jahre sehr klar, nach der Präsenzliste etwas über ein Drittel der Mitglieder. Dem Jahresberichte des Vorstandes sei entnommen, daß es im Bezirke viele Streitigkeiten zu schlichten gab. Die Schmerzenskinder des Bezirkes sind Döberan und Albnitz. Der Bezirksvereinsbeitrag wurde auf 20 Pf., der Ortsvereinsbeitrag auf 75 Pf. erhöht. Der alte Vorstand wurde bis auf den Schriftführer, der verzogen ist, wiedergewählt. Der Antrag des Kollegen Giesch, für den in Unterführungsbuch befindlichen Kollegen Jungbluth (Nadelsführer beim vorjährigen Raftausstreifen) 50 Mk. zu bewilligen, wurde mit dem Bemerkten abgelehnt, daß dies Sache der kommunikativen Partei sei. Es folgte noch die Erledigung interner Angelegenheiten.

Schweidnitz. In unfer Generalversammlung wurde vom Schriftführer der Jahresbericht vorgelesen; der Kassierer Koch gab den Kassenbericht, der einen recht bedrückenden Bestand aufwies; es wurde ihm Entlastung erteilt. Im Anschluß an den Jahresbericht gab der Vorsitzende Gageck einige Erläuterungen über die Druckerei Bruno Reilberg, die sich noch immer nicht zur Anerkennung des Tarifs bewegen ließ. Er führte aus, daß der Ortsverein nicht eher ruhen dürfe, bis diese Druckerei, die ganz bedeutende Schmutzkonkurrenz treibt, in tarifliche Bahnen gelenkt sei. Auch sei nochmals dringend darauf hingewiesen, daß die Kollegen bei Konfliktangeboten es als ihre erste Pflicht betrachten müssen, Verhandlungen einzuleiten, damit Reinsätze vermieden werden. Von dem Schrotten der hiesigen Regierung auf unfer Eingabe betreffs Vorgebung der Regierungsdruckerei wurde Kenntnis genommen. Bei der nun folgenden Wahl des gesamten Vorstandes wurde dieser wiedergewählt; ebenso die Revisorin sowie der Obmann der Rekrutierungsabteilung. Bei der Wahl des Bibliothekars hat es zu einer längeren Aussprache über unfer leider noch kleine und ungenügende Vereinsbibliothek. Es wurde vorgeschlagen, den Ortsbeitrag zu erhöhen und für diesen Betrag Bücher anzuschaffen. Bei dieser Gelegenheit sei gleichzeitig an sämtliche Ortsvereine, die überflüssige Bücher in ihren Bibliotheken haben, die dringende Bitte gerichtet, uns einige von diesen überweisen zu wollen.

Porto und andre Kosten, die durch die Übersendung eventuell entstehen, trägt unsere Drucksache. Zusendungen werden an den Bibliothekar B. Thomas, Schneidemühl, Schmiedestraße 32, erbeten.

Wiesbaden. (Bezirksgeneralversammlung vom 5. März.) Sie wurde eingeleitet von dem „Volkschor“, der die „Sobannnacht“ und „So warst dein“ zu Gehör brachte. Da der Jahresbericht gedruckt vorlag, beschloss sich Kollege Tost nur mit der Lobnpolitik der Prinzipale, durch die das Ansehen der Tarifgemeinschaft immer mehr leide. Die „Sozialpolitik“ habe die wilden Streiks hervorgerufen. Wie schwer es fällt, einzuhaken, haben wir im Dezember, als über 30 Firmen in Ostpreußen die Abmachungen sabotierten. Wenn eine Reihe von kleinen Zeitungen Anfang dieses Jahres auf der Strecke geblieben, so sei die Ursache in der Papierverfeuerung und nicht in den Wöhnen zu suchen. Gegen den Papiermacher ist nur ein Strauß gewachsen: Sozialisierung. Die Lohnkommission muß mit Vorkommen ausgefallt werden. Das es jetzt hier im März zu keinen Streiks kam, ist

nur der Verweigerung jeder Unterfertigung durch die Verbandskasse zuzuschreiben. Die Gehilfenkassal werde immer verzweifelter. Die Prinzipallität möge trotzdem bedenken: Wo kennt kein Geholf! Dem Kassierer Junior wurde für die selbstlose Führung der Kassengeschäfte Dank und Entlastung zuteil. Zum Goutag und zur Verbands-generalversammlung wurden zwei Anträge angenommen. Nach der Wahl der sieben Delegierten zum Goutage fand die Neuregelung der Vorstandsschöpfung ihre Entscheidung, worauf der selbige Vorstand, bis auf einen amtsmüden Beisitzer, durch Wahlaktion wiedergewählt wurde. Der Besuch der Versammlung seitens des Orts war mäßig.

Gestorben

In Berlin am 2. Januar der Seher Max Stephan aus Berlin, 29 Jahre alt - Lungenlüberhulo; am demselben Tage der Stereotypen Paul Wilken aus Berlin, 57 Jahre alt - Schlaganfall; am 5. Januar der Seher Hermann Götlin aus Ollingen (Schwab), 61 Jahre alt - Grippe; am 8. Januar der Seherinvalide Ernst Hartmann aus Oberswalde, 54 Jahre alt - Lungenlüberhulo; am 9. Januar der Seherinvalide Robert Kullus aus Berlin,

70 Jahre alt - Schlaganfall; am 10. Januar der Seher Arthur Benz aus Sandershausen, 60 Jahre alt - Gehirnverhärtung; am demselben Tage der Seher Friedrich Kersten aus Berlin, 20 Jahre alt - Tod durch Urhainen; am 12. Januar der Seher Max Vier aus Waltersdorf, 18 Jahre alt - Grippe; am demselben Tage der Seher Max Otto aus Berlin, 44 Jahre alt - Lungenentzündung; am 13. Januar der Seherinvalide Dohar Schumann aus Zonberg, 64 Jahre alt - Hirnentzündung; am demselben Tage der Seherinvalide Ernst Wernig aus Gadow, 54 Jahre alt - Schlaganfall; am 18. Januar der Seher Paul Kappauer aus Berlin, 35 Jahre alt - Lungenlüberhulo; am 27. Januar der Seher Max Wernicke aus Berlin, 59 Jahre alt - Hirnentzündung; am 29. Januar der Seher Franz Michalski aus Danzig, 60 Jahre alt - Magenkrebs; am 1. Februar der Seher Max Schwelhart aus Berlin, 56 Jahre alt - Lungenentzündung; am demselben Tage der Seher Erich Siegemann aus Berlin, 34 Jahre alt - Herzschwäche; am demselben Tage der Drucker Ernst Bromann aus Berlin, 25 Jahre alt - Lungenlüberhulo; am 4. Februar der Stereotypenmeister Wilhelm Schulz aus Kottbus, 38 Jahre alt - Darmulüberhulo; am 5. Februar der Druckerinvalide Otto Wälsche aus Danzig, 50 Jahre alt - Lungenlüberhulo; am demselben Tage der Stereotypenmeister Walter Ull aus Berlin, 26 Jahre alt - Lungenlüberhulo; am 7. Februar der Drucker Oskar Hoffmann aus Berlin, 52 Jahre alt - Anginalfall; am 9. Februar der Druckerinvalide Adolf Kullus aus Berlin, 74 Jahre alt - Hirntumor, Hirnentzündung.

(Merzu eine Zeilung.)

Seher für Russisch

werden heute in großer Anzahl und zu hohen Löhnen gesucht. Diese Nachfrage wird zweifellos immer größer werden. Wollen Sie diese Gelegenheit zum Vorwärtkommen aus. Lernen Sie Russisch nach unserer weltberühmten Methode Louffaint-Langenscheidt. Der Unterricht kostet gegenwärtig monatlich nur 19 Mk. Schon die Durcharbeit der ersten Briefe befähigt Sie, russischen Satz auszuführen. Die Unterrichtsbriefe liegen außer für Russisch für alle wichtigeren modernen und für die alten Sprachen vor. Verlangen Sie Zusendung unserer Probelektion R 39 in den Unterricht der Sie interessierenden Sprachen (holtenlos und portofrei). Langenscheidtsche Verlagsgesellschaft (Prof. G. Langenscheidt), Berlin-Schöneberg, Verlag der Sprachunterrichtsanstalt nach der Methode

Louffaint-Langenscheidt

Verband frei Haus kostl. sein, schmachtlos und seil. Rahe etwa 9 Pfd. p. Pfd. 18,75 Mk. u. 22 Mk. Prima Hamburger Käse 23,45 Mk. p. Pfd. In Sarahäle Alle 70 Mk. Nachn. od. Vorn. Hugo Schweder, Hamburg 22 A.

Alkzidenzseher

Wichtig in Satz und Entwurf, für Stuttgarter Buchdrucker gesucht. Angebote mit Zeugnisausschnitten, Eintrittstermin und Gehaltsanprüchen erbeten unter Nr. 759 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8.

Obermaschinenmeister

Wichtigster Illustrations- und Werksdrucker mit Maschinen- und Apparatengut-Vertraut und imstande das Personal (Schneidbänke, anzuweisen), nach Dresden in Dauerstellung gesucht. Ihre nachweislich auf empfehlende Herren wollen Angebote einreichen unter J. K. 15 hauptpostlagernd Dresden.

Wir suchen zum 1. April oder bald für unsern Setzungs- und Zeilichriftenverlag mit größerem Alkzidenzbetrieb einen

ersten Maschinenmeister

der in Flachdruck jeder Art, Rotation (16zeilige Augsburg) sowie Stereotypie erfahren ist und nicht nur selbst zusetzt, sondern auch das übrige Maschinenpersonal anleitet und überwachen kann.

„Westfälisches Tageblatt“, Sagen i. Westf.

Monotypgießer

selbstständig arbeitend, in Dauerstellung sofort gesucht. Spamerische Buchdruckerei, Leipzig. [709]

Buchdruckfachmann

Meistertitel, in Satz- u. Drucktechnik firm, Maschinensetzer mit Ausbildung in den Setzmaschinenfabriken in Berlin (Typograph, Monoline, Linotype), mit über 15jähriger Setzmaschinenpraxis (auch an Intertype und Linograf), seit über zwei Jahren Setzmaschinen-Abteilungs-Vorsteher in Norwegen, wünscht sich zu verändern. Eventuell Beteiligung oder Kauf mit etwa 200 000 Mark. 1a Zeugnisse und Referenzen.

Werte Angeb. unter „Ohne Anhang 754“ an die Geschäftsstelle d. Blattes, Leipzig, Salomonstraße 8.

Schriftseher

25 Jahre alt, unverheiratet, absolut erhaltlicher Arbeiter in Werk-, Tabellen-, Alkzidenz- und Plakatsatz [758]

sucht Stellung

Gute Zeugnisse vorhanden. Eintritt kann sofort erfolgen, da zur Zeit ohne Stellung. Beste Offerten erbeten unter „Tischig“ an Nordisches Pressebureau, Berlin W 8.

Rotation und Stereotypie

welche schon an 48zeiligen Bogeländer und 64zeiliger Augsburg sowie in der Stereotypie zeitweise jüngere Kraft, soll arbeiten, für farbige Satz- und Plakatsatz, ferner Zeilgedrucker Alkzidenzen, sucht Stellung. Großbetriebe in Mittel- und Süddeutschland bevorzugt, aber nicht Bedingung. Ausführliche Offerten unter Nr. 733 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Alkzidenz- und Anzeigenseher

(angehender erster Alkzidenzseher) wünscht sich zwecks Vervollständigung seiner Kenntnisse in millere Druckerlei einer Stellensuchung zu verändern. Entwurf und Ausführung zeitgemäher, moderner Arbeiten ist zugesichert.

Offerten unter A. E. 765 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Schriftseher

19 Jahre alt, besonders im Inzeratensatz und Setzungsfrage sowie leichten Alkzidenz, der auch an der Linotype Ideal ausbilden kann, sucht Stellung. 1748

Paul Kehler, Sagan i. Schl., An der Promenade 3a.

Monotypgießer

mit langer Praxis sucht in Leipzig gute Stellung. Offerten unter Nr. 750 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Alkzidenz- und Inzeratenseher

(auch Katalogseher), 30 Jahre alt, zur Zeit Meilieur eines großen illustrierten Werkes, in ungehinderter Stellung, wünscht sich in angenehme Dauerstellung zu verändern. Offerten unter Nr. 753 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Alkzidenz- und Inzeratenseher

in allen Arbeiten firm, wünscht sich sofort zu verändern. Angebote unter H. R. 752 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Katalog-, Tabellen- und Zeilungseher

gegenwärtig Meilieur einer Zeilung, wünscht sich zu verändern. Offerten unter F. D. 751 an die Geschäftsstelle d. Bl., Leipzig, Salomonstraße 8, erbeten.

Kolumnenschnur - Einziehladen

lieferiert in Friedenauquartall [432] Wegner & Meiß, Düsseldorf, Deul-Adolf-Strasse 112.

Alle Buchdrucker-Verlege- und Zeilungseher 15% Grundzulage

FISCHER & PÖRSCHMANN
Enkelverleger u. Stempel-Verleger
LEIPZIG-STÖTTENTZ
Lange Reihe 10

Verband der Deutschen Buchdrucker

Bezirksverein Kalkowitz (Oberhavel)

Am Sonntagabend, den 18. März, abends 7 Uhr, findet in Zeitzene, „Grafenfeld Gasthaus“, eine

Sublänamsfeier

Kostl. Anstre Gubliare sind:

Otto Kurlh, Hugo Bödmann, Emil Richter, Willi Dogler.

Wir laden hiermit die Kollegen aus den umliegenden Druckschulen freundlich ein. [760]

Der Vorstand.

Kollegen, die e. Holzgabeln (erst- und zweitklassig) sowie e. Votiv-App. (13/18) m. Zub. Interesse hab. wollen sich unter Nr. 747 an die Geschäftsstelle d. Bl. Leipzig, Salomonstr. 8, wenden.

Käse

wirklich schöne, schmelzstarke und schmackhafte Ware, in Paketen von ca. 9 Pfd. 16 Mk. per Pfund, franko einfr. Dep. Nachn. Hart Krauswäster, Adelsbr., Altkreisstr. 16 (Holl.), 561

Bitte um die Adresse des Maschinenmeisters

Augusti Magenbacher

geboren 1882 in Sinnerthal bei Neunkirchen (Sag.)
H. W. Sprengart, Hamburg 23, Nähnkamp 1 Sp.

Ahlen und Pinzetten

Zurichtmeister und Seheren sowie alle Werkzeuge für Seher u. Drucker empfiehlt E. Siegl, München 2. - Katalog 1 Mk.

Am 7. März verlor nach kurzem Krankenlager unser lieber Kollege, der Faktor [749]

Emil Runge

aus Neuruppin, 38 Jahre alt. Dem so früh Verstorbenen sicher ein kreuz Gedanke

Der Ortsverein Prißwalk.

Am 8. März ist im Refektorium Karlsruhe unser lieber Kollege, der Maschinenseher

Emil Thorefen

aus Achem, seinem im Felde zugelegenen Lungenleiden im Alter von 44 Jahren erlegen. Ein ehrendes Andenken bewahren ihm

Orts- und Bezirksverein Karlsruhe.

Am 10. März verschied nach kurzer Krankheit unser lieber Kollege, der Seherinvalide

Heinrich Krause

aus Breslau, im Alter von 77 Jahren. Ehre seinem Andenken! Ortsverein Breslau.

Für den „Korrespondent“ ist die Geschäftsstelle und Inzeratensatznahme Leipzig, Salomonstraße 8, die Telefonnummer 14111, das Postfachkonto Leipzig Nr. 61323.

Zur Tarifausschließung

Dem aufmerksamsten Leser des „Korr.“ wird es auffallen, daß im Gegensatz zu früheren Jahren kein besonderer Andrang von Artikeln zu den Tarifausschließungen herrscht. Es scheint sich die Überzeugung Bahn gebrochen zu haben, daß man mit Engeln- und Menschenzungen reden dürfte, man auf der Gegenseite keinen Widerstand fürde, Reliquiert bleiben die Worte im Tintenfaße, man beschränkt sich auf die Ausführungen in den Verammlungen. Dieser Zustand hätte ich soviel sein gutes bei der Papierkaamlaf, aber die Gegenseite schlachtet es anders aus, sie sagt, es herrsche Zufriedenheit bei der Gehilfenchaft, nur die Führer und einige Schreier in den Großstädten bekommen nie genug. Der Prinzipallität möchte Schreiber dieses aber zu verstehen geben, daß nicht die Zufriedenheit die Ursache des Schweigens ist, sondern die Verzweiflung. Viele Ruhe kann auch die Stille vor dem Sturm bedeuten. Wie soll die Gehilfenchaft zufrieden sein können, wenn die Not täglich Galt ist, wenn die paar Lumpen am Gelbe kaum mehr einen Stich halten. Anschaffungen zu machen, reichen die heutigen Buchdruckerlöhne bei weitem nicht aus, kaum die nötigsten Nahrungsmittel lassen sich damit beschaffen. Wie kann es auch anders sein, wenn man bedenkt, daß nach einer Zusammenstellung in einer Tageszeitung alle Artikel, angefangen vom Brot mit 25facher Steigerung bis zu 100facher Steigerung bei Wirtling und Weiskraut, verteuert worden sind, gegenüber dem Lohn eines Buchdruckers, der rund auf das 17fache gestiegen ist. Von Schuhen, Kleidern und Wäsche will ich gar nicht reden, dort herrschen Preise, die überhaupt nicht für den Proleten bestimmbar sein können. Bei jeder Lohnbewegung ist die Gehilfenchaft retourgekommen, d. h. die Teuerung ist härter gestiegen als der Lohn.

Die Prinzipale klagen immer, das Gewerbsverfall die Befähigung nicht mehr. Die Schwierigkeit ist nicht verkannt worden, andererseits aber könnte doch der Ausweg gefunden werden, daß man eben die Friedenslöhne und Friedenspreise einfach in Goldmark umrechne und danach Lohn und Druckpreise berechne. Von volkswirtschaftlichen Standpunkt aus ist es vollständig verkehrt, durch eine kurzfristige Lohnpolitik die Preise anstehend niedrig zu halten. Wie steht es in Wirklichkeit? Die Löhne betragen heute kaum ein Viertel der Kosten einer Druckfläche, die sich aus Papier, Farbe, Materialkostenverfräht, Maschinenabnutzung usw. recht wohl zusammensetzen. Alles ist um 30-50aches teurer, nur der Lohn nicht. Geht die Löhne wären auf das 30fache gestiegen, so hätten die Mietkosten bei einer Druckfläche, die 1000 Mk. heute kostet, ungefähr auf 1200 Mk., das ist 200 Mk. mehr, zu stehen. Obwohl die Lohnsteigerung rund 75 Proz. betragen würde, entstände bei der Druckfläche nur eine Steigerung von rund 20 Proz. Dabei käme volkswirtschaftlich in Frage, daß die Industrie nicht mehr so wie jetzt auf den Absatz ins Ausland angewiesen ist, sondern die Arbeiterkraft könnte wie früher als Käufer auftreten, und dadurch die durch die erhöhten Herstellungskosten etwa verloren gegangenen Aufträge ins Ausland weftmachen. Und auf Jahre hinaus wäre Beschäftigung aller Berufsweige sichergestellt, wenn die Arbeiterkraft durch entsprechende Löhne wieder als Käufer auftreten könnte. Die Arbeiterkraft müßte kaufen, da alle Hausstände Mangel leiden, sei es in Schuhen, Kleidern, Wäsche, Bücher u. dal.

Ich sehe schon das ungläubige Nicken darüber, daß Arbeiter Bücher kaufen. Und doch getraue ich mir zu behaupten, daß die Arbeiter nicht die schlechtesten Abnehmer der Bücher sind. Freilich, so an die große Glocke hängen sie es nicht, aber wer Wohnungen der Arbeiter kennt, weiß, daß in den meisten eine kleine Bibliothek vorhanden ist, die mit ersparten Groschen erworben wurde. Deshalb sollte das Lohnproblem nicht immer nur von der materiellen Seite betrachtet werden, sondern auch in Erwägung gezogen werden, daß das für Lohn vorausgabte Geld letzten Endes doch wieder zur Befehung des Wirtschaftsmarktes beiträgt. Es ist nicht wie bei der Landwirtschaft, die ihrer Einkommen nicht bedarf, da sie das zum Leben Notwendige sich selbst baut und nur Anschaffungskosten zu decken hat, die Arbeiterkraft muß nachgedungen ihren Verdienst wieder vorausgeben, um sich und den Seinen das Nötige zu verschaffen. Es war vor dem Kriege kein günstiges Auskommen, aber trotzdem wäre die Arbeiterkraft heute froh, auch nur annähernd den Lohn von 1914, umgerechnet auf die Geldentwertung, zu haben.

Die Not der Zeit zwingt die Arbeiter aller Berufe, zu versuchen, ihre Löhne der Teuerung anzupassen. Gewiß wäre Preisabbau das Beste. Aber die Arbeiterkraft, die zuletzt mit ihren Löhnen in die Höhe ging, kann den Anfang nicht machen. Da müssen die einsehen, die Risikogewinne haben wie die Landwirtschaft und Agrarergewinnler. Aus Buchdruckern, wie der übrigen Arbeiterkraft bleibt kein anderer Weg als die Forderung, Angleichung der Löhne an die Teuerungsskizzen. Wollen wir hoffen, daß die Prinzipalität dieses Mal mehr Verständnis hat für die Not der Gehilfenchaft, sonst könnte der Fall eintreten, daß die Gehilfenchaft eben doch die letzten Konsequenzen zieht.

Was soll jetzt werden?

Wenn man in der „Zeitschrift“ liest, daß das Vorkommen noch bis zum 31. März Gültigkeit haben soll, so fragt man sich, ist das das lokale Verständnis, das die Prinzipale für die wirtschaftliche Notlage ihrer Gehilfen haben, oder müssen erst lokale Streiks den Herren folgen, daß mit den jetzigen Löhnen ein Vater einer Familie nicht mehr auskommen kann. Auch bei uns in Bayern, wo angeblich Milch und Sojag fleucht, ist alles so teuer geworden, daß die letzte Lohnzulage längst überholt ist. Welche Preise wir für Lebensmittel und die nötigen Bedarfsgegenstände anlegen müssen und wie diese seit dem 1. Februar gestiegen sind, setzt folgende Tabelle:

1. Febr. 10. März		1. Febr. 10. März	
Mk.	Mk.	Mk.	Mk.
Dosenfleisch . . . 15,-	20,-	Roggenmehl . . . 2,-	4,-
Rindfleisch . . . 19,-	18,-	Weizenmehl . . . 6,-	7,50
Schmelzfleisch . . . 19,-	22,-	Weizenrohreis . . . 42,-	65,-
Ächzelfleisch . . . 14,-	18,-	Malzkeime . . . 4,20	6,20
Schweinefleisch . . . 31,-	33,-	Joghurt . . . 7,30	8,40
Margarine . . . 28,-	31,-	Zucker . . . 3,40	4,45
Brot . . . 1,80	3,50	Milch . . . 5,-	7,50
Weizenmehl . . . 6,-	8,-	Seifenpulver . . . 5,-	7,50

Daß diese Preise aber noch fortwährend steigen, sei nur nebenbei erwähnt. Wie in Nr. 47 des „Oberbayerischen Grenzboten“ zu lesen ist, wird zu Ostern bereits mit einer ansehnlichen Brotpreisverhöhung zu rechnen sein. Man nimmt jedoch an, daß diese kaum über 40 Proz. (!) des jetzigen Preises hinausgehen dürfte.

Wenn wir aber daran denken, welche Höhe diese Preise noch erreichen werden, wenn der Fremdenstrom, der anlässlich der Münchner Gewerbebau und der Oberammergauer Passionsspiele dieses Jahr noch größer sein wird, die oberbayerischen Orte überflutet, dann fragt man sich: Was soll jetzt werden?

Da kann eben nur eine entsprechende Lohnverhöhung in Frage kommen, denn zu den Maßnahmen der Regierung zur Verbilligung der Lebensmittel haben wir kein Vertrauen.

Wissen a. Ammersee (Oberbayern), D. Noack.

Regelmäßige Anpassung von Lohn und Gehalt an die Wirtschaftsentwicklung

Auf eine abhängbare Zukunft hinaus besteht in Deutschland keine Aussicht dafür, daß wir zu einem normalen, in sich selbststabilen Wirtschaftszustand zurückkehren könnten, vielmehr spitzt sich in unaufhaltbarer Entwicklung die abnorme Wirtschaftsentwicklung, in die der Krieg uns verwickelt hat, weiter zu. Der Prozess der Geldentwertung schreitet fort und immer größere Papiermarksummen werden nötig, um auch nur die elementarsten Lebensbedürfnisse sicherzustellen. Wobin der Weg dieser Geldentwertung letzten Endes führen wird, weiß niemand. Die Ursache unierer wirtschaftlichen Misere ist der Krieg, der Grund, weshalb für uns keine Aussicht besteht, aus dieser Misere herauszukommen, ist der Friedensvertrag von Versailles. Es sind selbst in den Rändern unserer Gegner gewichtige Stimmen laut geworden, die darauf hinweisen, daß es Deutschland unmöglich sei, die Reparationsleistungen zu erfüllen und für eine Revision des Friedensvertrags einzutreten. Aber die politischen Instanzen haben bis jetzt wenig Neigung gezeigt, solche Maßnahmen zu berücksichtigen.

So bleibt die Krise unserer Wirtschaftslage in ihrer ganzen Ausdehnung und Anfechtbarkeit bis auf weiteres weiter bestehen, d. h. der Prozess der Teuerung unserer Lebenshaltung schreitet im allgemeinen unaufhaltbar weiter fort, in jedem einzelnen Wirtschaftszweig vollzieht sich in Konsequenz der Allgemeintage die entsprechende Preissteigerung, und inmitten dieser generell verlaufenden Komplikation des ganzen Wirtschaftszustandes tritt dann periodisch ein katastrophaler Marktsturz ein, der die Kosten der Lebenshaltung, die ohnehin eine stetig aufsteigende Kurve verfolgen, mit einem Rucke wieder eine ganze Etappe aufwärts schnell. Dann geht eine neue Teuerungswelle über das Land, die neue Lohnbewegungen, neue wirtschaftliche Unruhen auslöst. Und doch bleibt in diesem Wellenlauf zwischen Preis und Lohn der erstere immer Sieger. Die Preisbildung in den Händen der Produzenten ist elastischer als die Lohnbildung. Die Preisbildung ist in jedem Augenblick an jedem Orte wandlungsfähig, sie durchdringt das ganze Wirtschaftssleben auf tausend Durchbruchstellen wie eine Überflutung, der man nirgends einen wirksamen Damm entgegenstellen kann. Die Lohnbildung kann ihren Weg nur durch bestimmte Einfallstore nehmen, die gegen starken Widerstand erkämpft werden müssen. Seit Jahren vollziehen sich diese Wirtschaftskämpfe und im Hinblick auf das Weltgeschehen der allgemeinen Wirtschaftskrise besteht leider keine Aussicht auf eine Beseitigung der Lohnkämpfe. Im Gegenteil deutet das neuerliche Sinken der Teuerungskurve eine Verschärfung der Lohnbewegung an.

Aus dieser Krise eine Lösung zu finden, die die Schwierigkeiten unserer Lage beseitigt, ist unmöglich, wohl aber ist es denkbar, an die Stelle der Lohnkämpfe ein System zu setzen, das die Anpassung der Löhne und Ge-

hälter an die Wirtschaftsentwicklung selbsttätig vollzieht. Zum mindesten sollte ein derartiges Projekt von allen hierfür zuständigen Instanzen, Regierung, Reichstag, Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen, sorgfältig auf seine Lebensfähigkeit hin geprüft werden.

Im „Reichsarbeitsblatt“, Jahrgang I vom 31. Oktober 1921, veröffentlichte Herr Reichsgerichtsrat Selter einen Aufsatz, in dem er den Gedanken einer automatischen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Wirtschaftsentwicklung eingehend darstellt. Das ganze System hier wiederzugeben, würde zu weit führen. Die Grundgedanken Selters sind die folgenden:

Löhne und Gehälter sollen sich, ohne daß erst Lohnkämpfe einleiten, selbstständig an den jeweiligen Wirtschaftszustand anpassen. Zum Aufbau dieses Systems bedarf es einer Grundlage und zur Durchführung eines Schließels. Die Grundlage soll eine Reichsteuergesetzgebung sein, die unter Berücksichtigung der Preisentwicklung das Lebensbedürfnis ermittelt, der Schlüssel für die Anpassung besteht in der Einwirkung eines Zinsfußes, der es möglich macht, daß der Teuerungserwartung nach seinem Reichsdurchschnitt stets schon einige Tage nach Monatsende im Reichsarbeitsministerium bearbeitet vorliegt und die Zahlenaufstellung in der Nummer des „Reichsarbeitsblattes“ vom 15. jeden Monats zu lesen ist. Die Zinsfußmaßnahmen umfassen 71 Muster-gemeinden. Selter nimmt an, daß der Querschnitt, den diese Zinsfußmaßnahmen ergeben, der Zahl sehr nahe kommt, die eine allgemeine Erhebung bringen würde.

Sur Erläuterung seines Systems ist es notwendig, Selter selbst sprechen zu lassen. Er führt in seiner Schrift u. a. folgendes aus:

1. Jeder Lohn oder jedes Gehalt wird nach dem Maße der Höhe, die er am 1. Juli 1921 hat, der Teuerung angepasst. Ich gebe dabei, da wir doch für den geplanten klaren Aufbau eine feste Grundlage brauchen, von der Annahme aus, daß Lohn und Gehalt für die einzelnen Gruppen von Arbeitern, Angestellten und Beamten im Juli 1921 die entsprechenden Höhe hatten. Soweit dies nicht der Fall ist, stellt auch einem späteren Streben nach Berücksichtigung des Missungsverhältnisses nichts im Weg; im Fall einer solchen nachträglichen Berücksichtigung würde es sich wohl empfehlen, sie auf den Juli 1921 als dem Ausgangsmonat zu beziehen.

2. Die Anpassung geschieht monatlich.

3. Die Grundlage dient für das Ergebnis der Zinsfußmaßnahmen der Reichsteuergesetzgebung.

4. Die für jeden Monat nachgebende Verhältnisszahl (Anpassungszahl) wird verbindlich durch die hierzu einschließliche amtliche Abordnung (von vielleicht zehn Mitgliedern) bestimmt, in die die Regierung, der Reichstag, die Arbeitgeber, die Arbeiter, Angestellten, Beamten und Betriebsrätevertreter einfließen.

5. Die Abordnung verfährt in folgender Weise:
a) Sie ist nicht zahlreich an die durch die Zinsfußmaßnahmen gebildeten Durchschnitte gebunden, kann vielmehr kleine Abteilungen nach oben oder unten vornehmen. Abweichungen von der mittleren Zahl sind aber in den folgenden Monaten auszubringen.

b) Der Anpassungsbetrag der Lebenshaltungskosten hat der Anstieg von Lohn und Gehalt sofort zu folgen, jeweils sofort gültig für den Monat, in welchem die neue Anpassungszahl bestimmt wird.

c) Gralbt sich ein Sinken der Teuerungszahl, so folgen ihm Lohn und Gehalt erst sechs Monate später. Wenn in der Zwischenzeit ein Rückgang nach oben eintritt, so wird er gegen vorderegehene Rückgänge verrechnet; es wird bei solcher Ausgleichsmaßnahme keine Mühe machen, eine gewisse Stetigkeit des Verlaufs der Entwicklungslinie zu erreichen.

6. Von jedem Lohn und Gehalt wird als der Betrag des Notbedarfs ein Teil bis zu 12000 Mk. dem Teuerungserwartung unbefristet angepaßt. Was über sich für eine etwa gewählte Haushaltszulage sowie für die Kinderbeihilfen; denn diese Familienbeihilfen sind darüber nicht über die Höhe des Notbedarfs hinaus bemessen.

7. Von dem überbleibenden Teile jedes Gehalts oder Lohnes unterliegen 5 Zehntel der Anpassung nach der Teuerungszahl.

8. Wo Löhne und Gehälter für räumliche Gebiete gelten, die Ortsverhältnisse Teuerungsskizzen umfassen, da ist die Reichsbeamten stellende Ortsstellenabteilung zu berücksichtigen. Es gelten dann die sich nach Nr. 6 und 7 ergebenden Teuerungszahlen und -abstufungen für die Ortsstellen A in der ersten Höhe, für die Ortsstellen B, C, D tritt eine Abstufung von 5, 10, 15, 20 Proz. an den zu und schließlich eine (von die im Reichsarbeitsvertrag für das deutsche Bahngewerbe getroffene Regelung).

Die Einstellung der Löhne und Gehälter nach den Ortsstellen wird vielfach angelehnt. Ganz zu unredt. Aus dem zweifelslos richtigen Grundsatze, daß gleicher Leistung gleicher Lohn zutreffen muß, folgt ja nicht, daß nun ein Arbeiter oder Beamter in dem Bundesländer die gleichen denselben Zahlbetrag als Lohn oder Gehalt bekommen müsse wie sein Berufsgenosse in Köln und Berlin. Im Gegenteil, die 15000 Mk. hier sind nun einmal nicht dasselbe wie derselbe Betrag dort, der eine kommt damit kümmerlicher aus und der andre ist fortgesetzt und legt richtig. Was an der Ortsstellenabteilung gerügt werden kann, können nur Unzulänglichkeiten im einzelnen sein, die beseitigt werden müssen und können.

9. Nachzahlungen oder Abzüge werden wohl der Einfachheit halber jeweils bei der nächsten Lohn- oder Gehaltszahlung zu verrechnen sein.

In der Originalschrift wird die praktische Auswirkung dieser Gedanken durch ein ausgelegtes Tabellenmaterial veranschaulicht. Wir können hier nur Grundriss und Tendenz des Projekts wiedergeben. Der Zellerische Vorschlag unterlegt nunmehr der Beratung der zuständigen Stellen. Der 23. Ausschuss des Reichstags hat zur Prüfung dieser Frage einen Untersuchungsausschuss gebildet, der die Beratung bereits aufgenommen hat. Am 16. Februar fand die erste Sitzung dieses Untersuchungsausschusses mit den Vertretern der gewerkschaftlichen Spitzenorganisationen unter Sitzungsleitung von Sachverständigen statt.

Es ist mit dem Problem der selbsttätigen Anpassung die Frage des Zinsfußminimums in Verbindung gebracht worden. Man hat die Frage aufgeworfen, ob es möglich sei, durch Festlegung eines auf wissenschaftlicher Berechnung beruhenden Zinsfußminimums eine einwandfreie Grundlage für die Anwendung der gleichenden Skala zu finden. Es wurde auch der Meinung Ausdruck ge-

geben, daß eine Lösung des Problems nicht möglich sei, wenn es nicht gelang, diese Grundlage des Existenzminimums zu ermitteln. Natürlich kann hierunter nicht nur die Berechnung der elementarsten Lebensnotwendigkeiten, nicht also nur ein physikalisches Existenzminimum verstanden werden, sondern es müßte gewissen physiologischen, sozialen und kulturellen Bedürfnissen ebenfalls Rechnung getragen werden. Die Reichsindexziffer wird diesen Anforderungen nicht gerecht. Sie steht, da sie wesentliche Lebensbedürfnisse nicht berücksichtigt, auf einer zu engen Grundlage und reicht zur Ermittlung eines ausreichenden Existenzminimums nicht aus. Die Reichsindexziffer umschließt nur Gemeinden von über 10000 Einwohnern und erstreckt sich nur auf die Bedürfnisse für Ernährung, Wohnung, Heizung und Beleuchtung. Es ist also eine Erweiterung der Reichsindexziffer auf Orte mit weniger als 10000 Einwohnern, vor allem aber eine Erweiterung der Zahl der Erhebungsgegenstände, vornehmlich die Einbeziehung des Normalbedarfs in Textilwaren und Schuhwerk notwendig. Zum Zweck einer Verbesserung der Erhebungsmethoden ist eine erweiterte Zuziehung von Verbrauchervertretern, namentlich obligatorische Mitwirkung der Gewerkschaftsvertreter zu fordern.

Der Gedanke einer selbsttätigen Anpassung der Löhne und Gehälter an die Wirtschaftsentwicklung ist zunächst noch nicht mehr als eine noch unstrittige Theorie und es ist noch nicht vorzuziehen, ob es zu einer praktischen Gestaltung kommt. Es ist Sache der beteiligten Instanzen, die Lebensfähigkeit des Projekts nach allen Seiten hin sorgfältig zu prüfen. Jedenfalls wird die kommende Erörterung zu einer Stellungnahme der an den Verhandlungen beteiligten Faktoren führen. Es verläuft, daß die Regierung dem Projekt nicht grundsätzlich ablehnend gegenübersteht, so daß, wenn eine Einigung mit den zuständigen Spitzenorganisationen erzielt wird, eine Übertragung des Zellerschen Projekts auf die Beamtenbezahlung und auf das Lohnsystem der Staatsarbeiter immerhin im Bereiche der Möglichkeit liegt.

Zeller sagt am Schluß seiner Ausführungen: „Die Durchführung der geplanten Maßnahmen möchte ich sicher aufbauen. Das Gesamtvolk ist im höchsten Grade daran beteiligt, daß aus dem Lohn- und Gehaltswesen aller vermeidbare Kampf ausgeschaltet wird. Darum ist eine einseitige Regelung der Frage durch das Reich geboten. Zum mindesten muß das Reich Monat für Monat die zahlenmäßig sichere Grundlage der Anpassung für diejenigen Kreise des Wirtschaftslebens zur Verfügung stellen, die selbst einseitig genug sind, die Lohnentwicklung in geordnete Bahnen zu lenken. Aber diese Freiheit der Entscheidung würde die wirtschaftlich wichtige Frage nach dem Zufalle der Einsicht anheimstellen, und das darf nicht sein. Darum halte ich es für eine Aufgabe des Reiches, jene Anpassung, die für alle betroffenen Kreise in gleicher Weise dringend nötig ist, gesetzlich aufzubauen. Das ist zunächst, ohne weiteres möglich, für die Reichsbeamten, kann und muß aber zugleich auch für die andern öffentlichen Beamten überhaupt gesehen. Darüber hinaus aber lege ich kein Hindernis, die Maßnahme dieser Anpassung gesetzlich anzuordnen für alle Arbeiter und Angestellten, deren Bezüge durch Gesamtverträge geregelt sind. Nur so kann die Stieligkeit des Einkommenverlaufs gesichert werden, nur so wird vernieden — was bei der Freiheit der Ordnung unausweichlich wäre —, daß die Verleumdung der Ordnung allerwärts zu berechnen und auch zu überhebenden und selbstwollenden Vergleichen führt und eine dauernde Quelle der Unzufriedenheit, der Verheerung, des Argers und der Stämpe bildet.“

Niederichseneweide. E. Sch.

□ □ □ □ Rundschau □ □ □ □

Fraktur oder Antiqua. Im Jahre 1522 wurden die ersten Versuche mit Frakturschrift in Deutschland gemacht. Man kann somit in diesem Jahre von einem 400jährigen Bestehen sprechen. Wurden der Einführung anfänglich große Schwierigkeiten bereitet, so konnte sich die Fraktur durch ihre Überlegenheit in leserlicher Beziehung immer mehr durchsetzen. Im 18. Jahrhundert verfiel die „deutsche“ Schrift und im 19. Jahrhundert erfuhr sie durch Reform eine größere Zierlichkeit. Gleichzeitig wendete sich aber auch das Ausland ab, das bis dahin von deutschen Schriftgelehrten bezog, und auch im Lande selbst entstanden einflussreiche Gegner, wie Gebrüder Grimm. In den 60er und 70er Jahren des vorigen Jahrhunderts war man bereits dazu gekommen, die Frakturschrift zu überwinden. Fast alle amtlichen Drucksachen, insbesondere statistische Veröffentlichungen usw. wurden in Antiqua gedruckt. Dem hat ein Nachwort Bismarcks ein Ende gemacht, indem er nun die Anwendung der Fraktur verfügte. Auch die Post druckt alle Formulare, selbst die für das Ausland bestimmten, seit 1889 in Fraktur. Aus eigener Beobachtung kann man feststellen, daß das Lesen der Antiqua mehr anstrengt als das der Fraktur, und daß mit letzterer größere künstliche Wirkungen erzielt werden können. Aus diesen Gründen (nicht aus nationalen) ist die konsequente Einführung zu verfolgen. Es muß aber zugegeben werden, daß uns die allgemeine Einführung mit dem Ausland immer mehr entfremdet hat. Wenn sich auch die qualifizierten und gutgestellten Ausländer beim Studieren deutscher Literatur mit der Frakturschrift abgefunden haben, so haben es aber weniger Bemittelte, namentlich Arbeiterkreise, nicht getan oder nicht tun können. Das erklärt viele Mißverständnisse und Irrsinnigkeiten das leichte Spiel, das ausländische Chaoten mit ihrer Verheerung haben konnten. Ein Auslandsdeutscher äußert sich in der „Papierzeitung“ etwa folgendermaßen:

Wenn all die guten Deutschen, die sich mit Feuer für ihre geliebte Fraktur ins Zeug legen, wählten, welche ungeborenen Fortschritt das Verständnis für Deutschland im Auslande durch allgemeine Einführung der Antiqua machen würde, so gäben sie mit Freuden nach. Die allgemeine Bezeugung, daß der deutsch-lernende Ausländer gleichgültig mit der Sprache auch die deutsche Schrift erlerne, ist nicht zureichend. Auch bringen die meisten Wörterbücher, die in den ausländischen Schulen angewendet werden, das Deutsche nicht in Fraktur, sondern in Antiqua. Dadurch wird in den meisten (namentlich benachteiligten) Ländern von vielen Deutschen verstanden und gelesen, aber die Kenntnis der deutschen Schriftgelehrten ist selten. Auch die Entzifferung von in deutscher Schriftgelehrten geschriebenen Briefen (auch Deutsch und Lateinisch durch einander gewürfelt) ist schwer, und mancher Stellungsuchende aus Deutschland mühte sich damit abfinden, daß sein Bewerbungsverfahren in den Papierwald wanderte.

Jur Internationalen Verbandskongress in der Arbeiterbewegung ist auf jeden Fall die Verwendung der Antiqua dienlicher. Es müßte daher alles, was für das Studium im Ausland in Betracht kommt, in Antiqua (Briefe in Lateinschrift) gehalten werden. Bei Zeitungen, Zeitschriften und nicht zuletzt auch Gewerkschaftsblättern wird aber aus technischen Gründen die schnelle Durchführung unmöglich sein.

Offene Stellen für befähigte Gewerkschaftler. Durch den Jenseitennachweis des Allgemeinen Deutschen Gewerkschaftsbundes in Berlin wird gesucht: ein vereinerter Arbeitersekretär für Braunschweig zum möglichst sofortigen Antritt. Bedingungen: Mindestens fünfjährige gewerkschaftliche und politische Organisation. Anstellung nach den Bedingungen des Vereins „Arbeiterpresse“; das Gehalt richtet sich nach den örtlichen Verhältnissen. Bewerbung mit der Aufschrift „Bewerbung zum Arbeitersekretär“ an W. Ahrends, Braunschweig, Heilbergstr. 10b.

Die Geltungsdauer der Demobilisierungsvorschriften. Dem Reichswirtschaftsrat liegt jetzt der Gesetzentwurf über Verlängerung der Geltungsdauer der Demobilisierungsvorschriften vor. Die Verlängerung ist bis zum 31. August vorgesehen. Es kommen dreizehn Verordnungen und Bekanntmachungen in Betracht.

Warnung für Auswanderer. In Dänemark ist die Arbeitslosigkeit eine ununterbrochen starke, ebenso in Schweden wie auch in der Schweiz. Es bestehen daher auch die Einreisebeschränkungen für Arbeitsuchende unverändert fort. Bei Arbeitsaufnahme nach Griechenland oder in Mazedonien, die an sich wenig empfohlen werden kann, wolle man sich unter keinen Umständen darauf einlassen, die Löhne oder Gehälter in Mark zu vereinbaren. Der Lebensunterhalt dort kostet mindestens ebenso viel Drachmen wie in Deutschland Mark. In vielen Gegenden besteht im Sommer und Herbst Hungergefahr. In den Vereinigten Staaten von Nordamerika ist die Arbeitslosigkeit zur Zeit noch sehr stark. Die öffentlichen Arbeitsnachweise sind von Arbeitsuchenden überschwert und die deutschen Hilfsvereine können bezüglich Arbeitsbeschaffung nichts aussprechen. Die Note zur Anleihe in den Kolonialprovinzen sind alle vergeben, so daß, wer in Industrie oder Gewerbe nicht unterkommt, auf die für deutsche Arbeiter gänzlich ungeeignete Arbeit auf den Kaffeepflanzungen angewiesen ist. In Argentinien ist kein Mangel an Arbeitskräften, wenn auch die Bewerbung um einzelne bestimmte Spezialfächer manchmal Erfolg hat. Auch vor Venezuela, Niederländisch-Indien und Mexiko wird gewarnt.

Versehene Eingänge

„**Typographische Jahrbücher.**“ Herausgegeben vom Technikum für Buchdruckerei in Leipzig. Heft 12 1921 und Heft 1 1922. 42/43. Jahrgang. Bezugspreis für das Halbjahr durch alle Buchhandlungen oder direkt 60 Mk., einschließlich der Postgebühren; für das Ausland besondere Preise. Das vorliegende umfangreiche Heft führt die Bezeichnung „Industrie- und Gewerbelexikon“ und zeigt schon durch einen ansprechenden Umschlag die Bedeutung für die Industrie an. Mit einem Aufsatz „Büchergewerbe und Industrie“ führt sich das Heft ein. Dann folgen u. a. „Das Wesen des guten Mahals“ von S. Behrmann (Leipzig), „Qualitätszeichen“ von Fritz Hansen (Berlin) sowie „Die Anzeigengestaltung eines Welthauses“ von R. Engelhardt (Leipzig), mit Wiederabgaben von Reklamendruckern der Maschinenfabrik J. Krause in Leipzig. Die modernen Illustrationsverfahren im Dienste der Industrie werden vom Direktor Georg Meißer behandelt. Eine große Anzahl Scherproben und Druckproben der verschiedensten Verfahren sind in dem Heft vereinigt und eine Anzahl vorbildlich ausgeführter farbiger Prospekte beigelegt. Alles in allem die Note „Anerkennungswürdig“. Einzelpreis 10 Mk., einschließlich Porto und Verpackung. Geschäftsstelle: Senefelderstraße 13/17.

Briefkasten

C. A. in M. Wird aufgenommen. — **R. & J. in Dresden:** Der betreffende Irrtum wurde schon in Nr. 23 berichtigt. — **B. St. in St.** 17 Mk. — **H. in Werd:** Von einer Abrechnung an Ihre neue Adresse wollen Sie absehen; ein neues Abonnement für den Monat März stellt sich billiger.

□ □ □ **Verbandsnachrichten** □ □ □

Verbandsbureau: Berlin SW 29, Chamissoplatz 5 II. Fernsprecher: Amt Aurfürst, Nr. 1191.

Änderungen im Jahresskizzen der Reichsliste und Herausgabe eines neuen Tourenverzeichnisses für die Reisenden

Nachdem nunmehr die unsern Reich aufgewungenen neuen Landesgrenzen feststehen, macht sich die Herausgabe eines neuen Tourenverzeichnisses notwendig, in dem wesentliche Änderungen vorgenommen werden mußten. Neben der Aufhebung der in den abgetretenen Gebieten gelegenen Jahresskizzen, die sich von selbst ergibt, sind bei dieser Gelegenheit noch einige Änderungen im Jahresskizzen eingetretet, die sich nicht umgehen ließen oder auf Wunsch der betreffenden Mitgliedschaften erfolgten.

Aufgehoben werden die im bisherigen Tourenverzeichnis aufgeführten Jahresskizzen in
 Meißen Bromberg Altcarlsberg
 Mühlhausen i. G. Graudenz Hamm i. M.
 Straßburg i. G. Posen Weiden
 Neuerrichtet werden dafür Jahresskizzen in
 Bismarck Ansb. Oßp. Oßpurg in Baden
 Dortmund Marienwerder Schneidemühl
 Randsberg a. d. W. Reize

Durch die Veränderungen im Jahresskizzen ergibt sich eine Reihe von neuen Reiseplänen, von deren Ausführung wir an dieser Stelle der Raumersparnis wegen absehen. Wir erlauben aber die verehrlichen Reiseleiterverwalter, das neue Tourenverzeichnis auf solche Veränderungen hin durchzusehen zu wollen.

- Als Reiseleiterverwalter in den neuerrichteten Jahresskizzen fungieren und wird die Reiseleiterführung von ihnen ausgeübt:
 Bismarck i. Pom.: Richard Klobn, Bahnhofstraße 6 I (5-6 Uhr).
 Dortmund: Hermann Kille, Kleifstraße 5, in der „Arbeiterzeitung“, Randsberg a. d. W.: Willi Dorow, Friedrichstraße 71 (wochenlang 4-5 Uhr).
 Ansb. i. Oßp.: Rudolf Brämer, in der Majusstraße 17 (7-12 und 11/2-4 Uhr).
 Marienwerder: El. Skawon, Aniebergstraße 14 (6 1/2-7 1/2 Uhr).
 Reize: August Hoffmann, Breslauer Straße 18 IV (12-1 und 5-6 Uhr).
 Oßpurg in Baden: Joseph Hilfenbrand, Kirchstraße 17 par. (wochenlang 12 1/2-2 Uhr).
 Schneidemühl: Max Klotz, Kirojaner Straße 34 (5-6 Uhr).

Die neuen Tourenverzeichnisse, denen auch die in den früheren Jahresskizzen enthaltenen Bestimmungen für die reisenden Kollegen angefügt sind, werden den verehrlichen Gauvorständen und Reiseleiterverwaltern bis zum 1. April zugehändigt und sind allen Reisenden auszuhändigen.

Sobald nun ältere Reiseleiterqualifikationen ausgegeben werden, bitten wir die verehrlichen Reiseleiterverwalter der umliegenden Jahresskizzen, die Reisenden auf die neuen Veränderungen aufmerksam zu machen und ihnen die Adressen der neuen Verwalter bekanntzugeben.

- Adressenveränderungen**
 Randsberg i. M. Vorsitzender: Joseph Bauland, Große Viehstraße 17.
 Meiningen. Vorsitzender: Hermann Thaler, Bismarckstraße 18a; Kassierer: Gustav Kettel, Berliner Straße 7.
 Mühlh. d. (Bezirk). Vorsitzender: Peter Schöppner, Mühlh. d. 107a I; Kassierer: Kaver Pichlmayr, Mühlh. d. 107a I.
 Bismarck i. Oßp. Vorsitzender: Hans Rupprecht, Weißberger Straße 33.
 Stade (Hann.). Vorsitzender: Heinrich Kalle, Stelle Straße 17.
 Weimar. Vorsitzender: Heinrich Rübemeyer, Naumburger Straße 47; Kassierer: August Reus, Schubgasse 25.

Zur Aufnahme gemeldet

(Eingewandern innerhalb 14 Tagen an die beigelegte Adresse):
 Im Gau Schleswig-Holstein der Herr Wilhelm Altmann, geb. in Glückhaldt 1895, ausged. dal. 1913; war schon Mitglied. — Marlin Prüler in Kiel, Schauenburgerstraße 34 p.

Arbeitslosenunterstützung

Hauptverwaltung. Bericht vom Monat Januar 1922.

Auf der Reize: 57 Mitglieder.
 Am Orte: 608 ausgeteuerte, nichtbezugsberechtigte und kurzarbeitende Mitglieder a 2 Mk. pro Tag, Ortsunterstützung erlitten: 1186 Mitglieder.

In Arbeitslosentagen, für die Unterstützung gezahlt wurde, sind gezählt worden:

Ort	In der Reize		Ausgeteuert an Orte		In der Ortsunterstützung		Unterstützungssumme
	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	Mitgl.	Tage	
Geher	46	563	354	5183	728	10630	16376
Mühlh. d.	—	—	1	7	297	197	204
Drucker	10	108	248	3274	329	4567	7949
Stereotyp.	1	12	4	47	19	174	233
Galvanopl.	—	—	—	—	1	14	14
Korrektoren	—	—	1	28	5	86	114
Faktoren	—	—	—	—	—	—	—
Schriftgießer	—	—	—	—	7	92	92
Stempeldr.	—	—	—	—	—	—	—
Gesamt	57	683	608	8539	1186	15760	24982

Arbeitslos verblieben am 31. Januar 1922: 810 Mitglieder.

In Unterstützungen wurden gezahlt:

- Reiseunterstützung:**
 an 57 Mitglieder für 683 Tage 2882,30 Mk.
 Kostandsbeihilfe an Kurzarbeiter (113), Ausgeteuerte usw. am Orte:
 an 608 Mitglieder für 8539 Tage 17078,— Mk.
Ortsunterstützung:
 an 609 Mitgl. für 7876 Tage a 4,— Mk. — 31 504,— Mk.
 „ 309 „ „ 4086 „ a 4,50 „ — 13 887,— „
 „ 268 „ „ 3798 „ a 5,— „ — 18 990,— „
 zusammen 68 881,— Mk.

Ensgesamt wurden im Monat Januar gezahlt:
 1922: 88 841,30 Mk. für 24 982 Tage
 1921: 222 821,35 „ „ 72 000 „
 weniger 1922: 133 980,05 Mk. für 47 027 Tage

Veranlassungskalender

- Berlin.** Maschinenmeisterverammlung heute Donnerstag, den 16. März, abends 7 Uhr, im „Berliner Aufbaus“, Dönhofsstraße 2.
Breslau. General- und Bezirksverammlung Sonntag, den 19. März, vormittags 9 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“.
Schemnitz. Maschinenmeisterverammlung Sonntag, den 18. März, abends 7 1/2 Uhr, im „Goldenen Engel“, Schopauer Straße 1a.
Dresden. Rotationsmaschinenmeisterverammlung Sonntag, den 18. März, abends 6 Uhr, in „Schneid's Galvanop., Kleine Plauenische Straße.
 — Maschinenmeisterverammlung Sonntag, den 19. März, vormittags 10 Uhr, im „Volksklub“ (Egal 2).
Wiesbaden. Verammlung Sonntag, den 18. März, abends punktlich 7 1/2 Uhr, im „Gewerkschaftshaus“ (kleiner Saal).

Zentralkommission der Schriftgießer Deutschlands

Bei Annahme von Konditionen nach dem Ausland ist in jedem Falle vorher bei der Zentralkommission (H. Pfaffmann, Berlin SW 29, Joffener Straße 15) Auskunft einzuholen.